

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 2.00, monatlich 70 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Beizeile oder deren Raum 20 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 226.

Freitag, den 28. September 1906.

13. Jahrg.

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote“.)

(Schluß aus der Beilage.)

Kannheim, den 25. September.

Zweiter Verhandlungstag. (Dienstag.)

Nachmittags-Sitzung.

Den Vorsitz führt Singer, der die Verhandlungen um 2 Uhr 15 Minuten wieder eröffnet.

Das Schlusswort zum Massenbericht erhält der Parteisekretär.

Abg. Gerisch: Die Ausstellungen an der von mir gestern vorgetragenen Statistik sind zum großen Teil auf Missethätigkeiten zurückzuführen. Die Ausnahme der Hypotheken, die Geroffe eintrug, war notwendig, um die volle Summe der Ausgaben nachzuweisen. Linert hat es ferner so dargestellt, als nähmen wir Wählerzinsen. Wir vertreten den Zinsfuß in vollem Umfange, aber Zinsen nehmen wir nur von denen, die sie zu zahlen in der Lage sind. Denken Sie daran, daß Eckhart schon gefordert hat, einen Schutz von den Ueberreichen der großen Parteigeschäfte zu nehmen. Ganz richtig ist Linerts Auffassung, ich hätte eine Art von Klassenparlament nach dem Vorbild gefordert. Ich rufe Sie alle zu Reue an, daß ich nur gesagt habe, wer sich böswillig von seinen Verpflichtungen brüde, solle einmal, um des Exempels willen, vom Parteitag ausgeschlossen werden. Auch der Vorwurf trifft den Vorstand nicht, daß er sich nicht genügend informiert habe. Zwar zu all den gleichzeitig stattfindenden Provinzialparteitagen wird er niemals Sekretäre schicken können; aber ich selbst bin auch fünf Wochen in diesem Jahr in ganz Deutschland umhergezogen und habe mir überall die genauesten Informationen geholt. Die meistbeteiligten Genossen, z. B. die Essener, die ihr Parteigeschäft neu gründeten, haben sich über die Leistungen der Parteileitung nicht beschwert. Die Hallenser Genossen waren ja über ihre Biographie mit Recht empört. Aber angelobt habe ich's seit drei Jahren und ohne jeden Erfolg. Gewiß sind noch viele andere Kreise ebenso schuldig. Nächstes Jahr werden auch sie alle protokolllarisch widerlegt werden. Die Hallenser müssen sich tüßen: Diesmal waren sie das Opferlamme, das bluten mußte. (Heiterkeit.) Nun zur Auseinandersetzung mit meinem lieben Rompagnon Gerisch! Ich verzeihe ihm die böswärtige Unterstellung einer ganz schönen Handlung des Angriffs auf die Bayern aus Angst vor der Verantwortung für die vielen Sünden des Parteivorstandes in aller Kameradschaftlichkeit! Ich liebe die Bayern mit der Liebe, die um der künftigen Jugend willen hauptsächlich die Fehler der Gegenwart sieht (Heiterkeit) Aber der Ludwigshafener Geschäftsanteil ist mir doch der liebste; aber bei all den anderen Parteifirmen war der Geschäftsführer Gerisch gar oft bei dem Parteikassierer Gerisch tief in der Kreibe. (Heiterkeit.) Eine ungeheure Verantwortung mußte ich übernehmen, weil bei den ungeheuren Schwierigkeiten der Provinzpresse und den trostlosen inneren Parteizuständen nur die großen Mittel und der feste Wille des Parteivorstandes helfen konnten. Aber das Ludwigshafener Geschäft hat mich nie in solche Verlegenheit gebracht und darum bleibe ich bayerischer Firmenträger, solange die Bayern mich mögen. Aber in der Kassenfrage habe ich weder im Vorjahr noch in diesem Jahre die mindesten Konzessionen gemacht, denn das widerspräche der inneren Natur des Kassenmenschens. Zur Sprache bringen aber mußte ich doch auf diesem Parteitag das Verhalten der Bayern; denn schon kostete es in der Parteipresse, und es bestand die Gefahr, daß der Groll zu ganz ungelegener Stunde plötzlich herausplatze und der schönste Nachteil entstände. Dem wollte ich vorbeugen. Schon schlugen sich die Männer mit der zottigen Brust in der „Neuen Gesellschaft“ an ihr Mannesherz — ich meine den gestern verbreiteten Artikel, der von geschäftigen Angriffen gegen Partei und Vorstand sprach — an ihr Männerherz und schworen, alles Ueble aus der Partei, was der Parteivorstand verdeckt, ans Licht der Deffentlichkeit zu ziehen. (Heiterkeit) Leider war ich schon einen Tag früher aufgestanden. Und ich hoffe, daß diese Aussprache während gewirkt und die Parteifinanzien gefördert haben wird. (Heiterkeit und lebh. Beifall.)

Es folgen die Abstimmungen. Die von der Kontrollkommission beantragte Entlastung des Parteivorstandes wird einstimmig beschlossen. Der Parteivorstand soll gemäß seinem Antrage um einen Sekretär und Hilfskräfte verstärkt werden. Die Beilegung der Broschüre der Zentralvertrauensperson und der Fraktion als Broschüre zu allen Provinzzeitungen wird beschlossen, und zwar sollen den Blättern die Matrizen zum Druck von Berlin aus geliefert werden. Dereschbach übernimmt den Vorsitz.

Es folgt der Bericht der Reichstagsfraktion, zu dem folgende Anträge, genügend unterstützt, vorliegen:

47. Heidenheim: Die Reichstagsfraktion soll im Reichstago einen Antrag einbringen, wonach die Mannschaften des Beurlaubtenstandes für den Tag der Kontrollerversammlung, nachdem sie sich für den ganzen Tag als Soldat zu betrachten haben, Anspruch auf Löhnung, volle Verpflegung und etwaige Marktskontingenzen zu beanspruchen haben.

48. Hamburg II: Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteitag möge die Besetzung der Fraktion anlässlich der Besprechung der Interpellation wegen des „Vorussia“-Unglücks im Reichstago, wodurch die erstmalige Besprechung verhindert wurde. Ferner wolle der Parteitag auch darauf hin, daß die Anwesenheit der Fraktionsmitglieder in vielen Fällen auch bei der Beratung des „Eats des Innern“ sehr viel zu wünschen übrig ließ, was bei der Wichtigkeit dieses Eats für die Arbeiterschaft entschädigen zum Nachteil ist.

49. Berlin III: Der Parteitag bedauert auf das Lebhafteste die schwache Besetzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion anlässlich der „Vorussia“-Interpellation durch die eine sofortige Besprechung unmöglich wurde. Es wird erwartet, daß bei späteren Interpellationen unsere Fraktion zu vertreten sein wird, daß ein ähnliches Vorkommnis ausgeschlossen bleibt.

50. Hamburger Wahlkreis III (Distrikt Hamm): Die Genossen ersuchen den Parteitag, Stellung zu nehmen zu der Teilnahme von Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion an der Weisprobe im Reichstago. Sie erachten es als nicht der Würde und den Aufgaben unserer Abgeordneten entsprechend, wenn diese sich zu Reklamezwecken mißbrauchen lassen.

51. Genosse Hoch-Hann: Die Reichstagsfraktion aufzufordern, ihre Zustimmung zu dem Entwurf gegen die freien Hilfsklassen nicht zu geben.

Der Weisprobenantrag erweckt große Heiterkeit, die sich noch steigert, als Eckhart-Ludwigschehen ihn unterstützt.

Berichterstatter Abg. Georg Schöpflin Leipzig gibt einen Ueberblick über die Tätigkeit der Fraktion, insbesondere bei dem Kolonialsaal und in den Steuerfragen, bei denen sie vergeblich gegen die gemeingefährliche Steuerpolitik der Bollwockmehrheit ankämpfte. Rechnet man die Staatsberatung und die Militärpensionsgesetze hinzu, so war die Zeit des Reichstages ausgefüllt. Sozialpolitisch war die Session ganz unfruchtbar. Schuld daran ist der Widerwille der bürgerlichen Parteien gegen jede ernsthafte Fortführung der Sozialreform. Sie alle handeln nach dem Worte von der vollen Rompottschüssel. Die Fraktion ist jedenfalls stets mit voller Entschiedenheit für die Interessen der proletarischen und nicht-besitzenden Klassen im Reichstago eingetreten. (Beifall!) Der Redner wendet sich dann zu den Anträgen. Er bittet, die Ablehnung für das Fehlen bei der Vorussia-Interpellation der Fraktion nicht auszusprechen. Das Vorwissen, das die Fraktion am liebsten bedauerte, war verschuldet durch eine Reihe von Zufällen und wird sich nicht wiederholen. Von Pflichtvergessenheit und Fahrlässigkeit könne keine Rede sein. Aber selbst die, die glauben, daß die Fraktion einen Tadel verdiente, können sich damit begnügen, daß die Fraktion in der gesamten Presse getadelt, und daß ein solcher Antrag hier gegen sie gestellt worden ist. Der Weisprobenantrag reizt ja dazu, ihn humoristisch zu behandeln; ich begnüge mich aber damit, zu erklären, daß die Reichstagsfraktion selbst weiß, was sie der Würde eines sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten schuldig ist. Der Antrag zum Hilfsklassenwesen ist überflüssig, da die Fraktion sowieso dagegen stimmen wird und die zustimmenden Aeußerungen Frähdorfs nicht vertritt. Den Antrag zu Gunsten des Beurlaubtenstandes bitte ich, der Fraktion zu überweisen.

In der Debatte begründet Paul Hoffmann-Hamburg das Ablehnungsvotum gegen die Fraktion wegen der mangelhaften Besetzung des Reichstags bei der „Vorussia“-Interpellation. In einer so hochwichtigen Frage durfte man nichts dem Zufall überlassen, wollte man nicht die Agitation im Lande ungebührlich erschweren.

Leinert-Hannover will in der „Vorussia“-Angelegenheit der Fraktion die nachgeschickten mildernden Umstände bewilligen. Aber in der Steuerdebatte habe die Fraktion den Schwung und die Sicherheit der Bolldebatten vermissen lassen, obwohl die agitatorische Wirkung doch die gleiche hätte sein können. So habe man zuerst gegen, dann für die Lantiensteuer gestimmt. Auch prinzipiell habe man den Grundsatz „diesem System keinen Mann und keinen Groschen!“ anscheinend aufgegeben. Verwerflich sei vor allem das Tadel-Wort mit den bürgerlichen Parteien beim Mannschafts- und Offizierpensions-

gesetz, wo man die Verabredung getroffen habe, keine Anträge mehr im Plenum zu stellen. Solche Zumutungen würden jetzt unter den Diäten noch öfter an die Fraktion gestellt werden. Dem müsse der Parteitag einen Riegel vorschieben.

Hoch-Straßburg bedauert, daß die Fraktion den speziell elsaß lothringischen Interessen nicht genügend Interesse zugewandt habe, und ersucht insbesondere das Koalitionsrecht und die Arbeiterverhältnisse der Reichsbahnarbeiter in Elsaß Lothringen, sowie das allgemeine Wahlrecht für den Landesausschuß im Reichstago zur Sprache zu bringen. Die Beteiligung an der Weisprobe habe er der Fraktion nicht übel genommen, aber er hoffe, daß sie das gleiche Interesse den elsaß lothringischen Verhältnissen auch sonst zuwenden würde. (Große Heiterkeit.)

Hoch-Hann bittet die Fraktion, gegen das Hilfsklassengesetz zu stimmen, das jede Klasse der Willkür einer Regierung aussetze, die einen sozialdemokratischen Turnlehrer für moralisch unzuverlässig erkläre. Aber wie hierbei Frähdorfs Seitenhiebe habe machen können, so habe die Fraktion eine Stellungnahme zum Gesetz über den Befähigungsnachweis für das Baugewerbe verjäumt. Hier aber habe sich das Zentrum für die Baukontrolleure festgelegt und könne durch eine Arbeiterbewegung der Bauarbeiter zu einem entscheidenden Fortschritt in sozialpolitischer Hinsicht gezwungen werden. Aber das Schlimme sei, daß die Fraktion sich zu sehr im Parlamentengebäude abschließe und nicht die nötige Fühlung mit den Gewerkschaften hat. (Widerpruch.) Auf der omdtögen Konferenz der „Schlimmen Leute“ aus der Gewerkschaft habe v. Ein ihm ein Wort aus der Seele gesprochen, daß gerade auf sozialpolitischem Gebiet sich der Mangel eines Zusammengehens zwischen Partei und Gewerkschaft am bittersten gerächt habe. Denn nur unter dem Druck der Arbeitermassen ließen sich den bürgerlichen Parteien Fortschritte abringen. (Beifall.)

Scheibe-Dortmund: Gewiß ist die Sozialpolitik durch die Feindseligkeit der bürgerlichen Parteien auf den Hund gekommen. Aber das Fehlen der Fraktion in der Vorussiafrage war doch ein unerhörter Vorgang. Hne werde die Folgen schon bei der Bochumer Wahl spüren. Die 12 000 Mark, die das dadurch notwendig gemachte Flugblatt im Ruhrgebiet gekostet habe, sollte die Fraktion aus ihren Diäten der Partei zurückerstatten. (Zuruf: Wenn sie noch etwas haben!) Ich möchte einmal wissen, ob die Fraktion bei der Weisprobe ebenso lag war. (Zuruf: Nach der Weisprobe noch mehr! Heiterkeit!) Man werde natürlich sagen, er aus der radikalen Ecke des Ruhrreviers habe die Erregung der Bergleute aufgebauscht. Aber die Genossen, die Sonntag für Sonntag draußen auf dem Lande lägen, levaten die Stimmung besser als Hne der kaum einmal zu einer großen Versammlung in den Bochumer Kreis kommt. (Widerpruch.) Hne kennt die Stimmung des Ruhrreviers gar nicht. Ich bitte um Annahme des Tadelvotums.

Abg. Hne-Bochum: Wenn Genosse Scheibe meint, daß die 12 000 Mark, die für das Flugblatt ausgegeben worden sind, eigentlich von der Fraktion persönlich getragen werden müssen, so muß er aus seiner Tasche zahlen, was er heute durch seine Ausführungen wieder schlecht im Ruhrgebiet gemacht hat. Daß Mißgeschick der Fraktion beruht auf einem unglücklichen Zufall, der sich leicht wiederholen kann. Die Hauptschuld lag an den Nationalliberalen, die sitzen blieben, obwohl sie sehr interessiert an der Besprechung waren. Das Zentrum hat unsere Fraktion wegen des Fehlens heftig angegriffen, aber anlässlich des Zwischenfalles Span-Exzberger wurde in der „Köln. Volksztg.“ geschrieben, daß die Zentrumsfraktion oft so schwach besetzt sei, daß kein Fraktionsbeschluss zu Stande kommen könne. Scheibes Behauptungen, daß ich die Stimmung im Ruhrgebiet nicht kenne, beantworte ich nicht; aber wenn Scheibe auf meinen Wahlkreis angespielt, so erkläre ich ihm, daß mir aus meinem Wahlkreis noch niemals ein Vorwurf der Pflichtverletzung gemacht worden ist. Wohl aber ist in den Arbeiterkreisen des Ruhrreviers dufendfach die Ansicht und die Anerkennung zum Ausdruck gekommen, daß man mit der Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion außerordentlich zufrieden sei.

Scheibe: Zur Vorussiafrage nur wenige Worte! Die gesamte Fraktion bedauert den unglücklichen Vorfall. Wir in der Fraktion selbst haben die Fehlenden gerügt und für die Zukunft vorgebeugt. Ein wiederholtes Bedauern will ich auch aussprechen, aber für eine Ablehnung liegt kein Grund vor. Die Anklage des Genossen Scheibe, die Fraktion habe eine Ausgabe von 12 000 Mark verschuldet, ist ganz unerhört. Auf Wunsch der Genossen des Ruhrreviers beschlossen wir die Massenverbreitung der Verhandlungen in der Vorussiafrage, und große Gewerkschaften übernahmen einen Teil der Kosten. Nachher haben sie die Zahlung verweigert und die Partei mußte die ganzen Kosten tragen. Leider scheint auch bei der Verbreitung der Broschüre nicht mit der üblichen und notwendigen Sorgfalt verfahren worden zu sein. Zur Frage des Befähigungsnachweises im Baugewerbe hat die Fraktion längst Stellung genommen und ihre Redner bestimmt, wie für jede Frage der Sozialreform im Parlament. Wir sind

In dieser Frage vollständig klar und haben ein ungeheures Material. Für den Heimarbeiterschutz haben wir alle mögliche Mühe aufgewandt. Er wird als erster Punkt nach der Wiedereröffnung des Reichstages verhandelt werden. Von mangelndem Zusammenhang der Fraktion mit den Gewerkschaften kann doch nicht geredet werden, haben wir doch die große Zahl der Führer von großen Zentralverbänden unter uns. Daß in Fragen der Sozialpolitik unser Personalmaterial prima ist, haben selbst unsere Gegner stets anerkannt. In den Steuerfragen haben wir allerdings eine etwas schwankende Haltung angenommen. Aber unsere Kommissionsmitglieder sind immer unabhängig und dürfen uns die Fraktion nicht festlegen. Erst nachher nimmt die Fraktion Stellung. Nun war die Einkommensteuer wirklich ein Umding, ein steuerliches Ungeheuer. Gleichwohl haben wir im Plenum dafür gestimmt als ersten Anfang einer direkten Reichssteuer. — Die eifrigsten Genossen brauchen nur mit ihren Wünschen an uns heranzukommen, dann werden wir sie jederzeit im Reichstag vertreten. (Beifall.)

Abg. Stadthagen konstatiert, daß die Fraktion einmütig gegen das Hilfskassengesetz ist. Auch Fährhoff hat sich nicht für das Gesetz ausgesprochen. Jemand eine Aufhebung von ihm muß mißverständlich ausgesagt worden sein. Das Gesetz ist so antisozial und so sehr gegen die Berufsvereine und die Gewerkschaften gerichtet, daß es abgelehnt werden muß.

Hoch. Hanau: Es tut mir leid, daß ich dem Genossen Bebel erklären muß, daß mir seine Gründe auch nicht sich haltig erscheinen. Es fehlen solche Massenagitationen, wir haben ja gar keine. Diese Agitationen können ja auch in die Sommerferien verlegt werden, wenn die Reichstagsabgeordneten Zeit haben.

Pfannkuch, Berlin erklärt, daß Genoss. Sachs ihm das Material über die Bahnarbeiter in Elsaß-Lothringen zugesandt habe, daß er es aber wegen eines schweren Krankheitsfalles nicht habe im Reichstag zur Sprache bringen können.

Die Diskussion wird geschlossen.

Persönlich bemerkt
Sch. Dorkmund, er habe Sue nicht den Vorwurf mangelnder Agitationsfähigkeit für die Gewerkschaft, sondern nur für die Partei machen wollen.

Sue. Bochum bemerkt, daß er viel mehr Versammlungen abgehalten hätte, wenn ihm nicht das tolerante Zentrum überall die Säbel abtrieb.

In seinem Schlusswort polemisiert

Schöpflin besonders gegen Linert, der den Vorgängen im Reichstage nur sehr mangelhaft gefolgt sei. Es sei ja richtig, daß die Freisinnigen einen Antrag auf Einführung einer Reichsvermögenssteuer gestellt hätten, — aber zur Deckung der Flottenkosten. Hoch habe, so lange er im Reichstag saß, auch nicht mehr tun können als die übrigen Fraktionsmitglieder. Im allgemeinen habe die Tätigkeit der Fraktion wohl die Zustimmung des Parteitage gefunden. (Beifall.)

In der Abstimmung werden die Nichtnennenden gegen die Fraktion: „Dorussia“ (Antrag 48) und Wainprobe (Antrag 50) nahezu einstimmig abgelehnt. Vorsitzender Dreßbach meint ironisch, den letzteren hätte man ja in Heidelberg zur Abstimmung bringen können. (Heiterkeit.) Ebenso wird der Antrag 51 betr. das Hilfskassengesetz abgelehnt. Der Antrag betr. die Versorgung der Mannschaften des Wehrdienstjahres (47) wird der Fraktion überwiesen.

Mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit — es ist 1/2 Uhr — wird der Punkt Massenstreik zurückgestellt und zunächst über den

Internationalen Kongress verhandelt. Referent

Abg. Singer: Ueber meinen Antrag, den internationalen Kongress zu beschicken, wird wohl keine Meinungsverschiedenheit herrschen. Unser internationales Bureau hat der Arbeiterklasse aller Länder wesentliche Dienste geleistet und große Parteien in Frankreich, Rußland usw. einigen helfen. Für diese Tätigkeit, insbesondere des Sekretariats und der Sekretäre, kann die Partei nur dankbar sein, da sie auch hier die internationale Solidarität zu fördern entschlossen ist. Der nächste internationale Kongress soll nun — endlich! — im nächsten Jahre in Deutschland tagen. Gewiß wird die deutsche Sozialdemokratie alles tun, um den internationalen Kongress der Arbeiter- und Sozialistenparteien nach Kräften zu fördern. Stuttgart wird einen neuen Beweis dafür geben, daß die Arbeiterklasse aller Länder nicht getrennt ist durch Grenzpfähle. Der Bund, der die Arbeiter aller Länder umfaßt, wird auch in Stuttgart lebendig zum Ausdruck kommen. Deutschland aber wird diesmal seine Solidarität am besten bekunden, wenn es nicht durch eine überwiegend starke Beschädigung des internationalen Kongresses seine Arbeiten fördert oder die Delegierten der Bruderparteien beeinträchtigt. Auch das entspricht den internationalen Gepflogenheiten. Den Gewerkschaften können und wollen wir ja nicht vorschreiben, was sie zu tun haben; aber wir glauben, daß auch sie an dieser weisen Beschränkung ein Interesse haben, und die Generalkommission ist prinzipiell damit einverstanden. Ich empfehle Ihnen daher folgende Resolution:

Der Parteitag fordert die Parteigenossen auf, den im Jahre 1907 zum ersten Mal in Deutschland stattfindenden internationalen Kongress sozialistischer Arbeiterkongress zur Bekundung ihrer Solidarität mit den Arbeitern aller Länder zu beschicken.

Um eine Ueberfüllung des Kongresses deutscherseits zu vermeiden, beschließt der Parteitag, die Höchstzahl der deutschen Delegierten auf 150 Personen festzusetzen, überläßt dem Parteivorstand gemeinsam mit der Kontrollkommission die Verteilung der Mandatszahl auf die Landes- bzw. Provinzialorganisationen und ersucht die Generalkommission der Gewerkschaften, dafür zu wirken, daß die Gewerkschaften auch keine höhere Anzahl Delegierte nach Stuttgart entsenden. Singer.

Ich kann nun zum Schlusse noch die feste Ueberzeugung aussprechen, daß die deutsche Arbeiterpartei alles aufbieten wird, um den ausländischen Delegierten den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen. Glücklicherweise haben wir in Stuttgart eine Parteimitgliedschaft, die ein gutes Gedeihen des Kongresses durch ihre Vorarbeiten verbürgt. Wir aber, die Vertreter der deutschen Gesamtpartei, wollen auch heute an dieser Stelle bekunden, daß wir die internationalen Kongresse als ein wichtiges und notwendiges Mittel zur Stärkung der Brüderlichkeit und der Solidarität, der Arbeiter-

klasse und des Proletariats aller Länder ansehen. Wenn die deutsche Partei wirklich etwas geleistet hat, so ist sie von Anfang an gestärkt und erhoben worden durch das Vertrauen und die Anerkennung ihrer ausländischen Brüder. In dankbarer Anerkennung ihrer ausländischen Brüder. In dankbarer Anerkennung dieses Interesses wollen wir uns heute geloben, alle dazu beizutragen, daß der nächste internationale Kongress nicht erfolgreich arbeiten kann. (Beifall.)

Die Resolution Singer wird beibehalten einstimmig angenommen.

Den Vorsitz übernimmt wieder Singer.
Den Rest der Sitzung füllt die Beratung von Anträgen.

Abg. Zubeil begründet den Antrag von Teltow-Beeskow, Charlottenburg, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitage die Landarbeiterfrage zu setzen. Die Aufgabe, die ganze Landarbeiterfrage für die Partei zu gewinnen, sei so wichtig und so schwer, daß sich ihre ausführliche Behandlung wohl rechtfertige.

Abg. Pfannkuch und Rolkenbuche bitten, den Parteivorstand nicht zu binden. Reichstagswahlen und internationaler Kongress müßten im nächsten Jahre sowieso eingehend behandelt werden. Der Parteivorstand werde sich aber in jeder Weise bemühen, den Wünschen der Genossen Rechnung zu tragen. Ueberdies könne aber gerade die Landarbeiterfrage kaum allgemein gültig für ganz Deutschland behandelt werden.

Der Antrag wird dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Den Antrag, die Alkoholfrage auf dem nächsten Parteitage zu behandeln, beantragen Ober-Sangerhau, Teltow-Beeskow, Frankfurt a. M., Nieder-Barnim, Hamburg II, Dresden A., Pungstadt, München, Freiburg i. B., Walderhäuser, Kiel, Guben, Hannover, Jena, Breslau, Apennin, Kiel-Garden, 8. und 10. Schleswig-holsteinischer Wahlkreis, Sahn, Berlin III und VI, 16 Parteigenossen in Erfurt, 9 in Iversdorph, 33 in Julum, 6 in Pungstadt, 26 in Götting, 12 in Schöneberg, 31 in Berlin VI, 6 in Berlin III, 38 in Leipzig-Stadt; ferner Neumünster, Kiel, Schleswig, Igelhoe, Chemnitz, Hannover und 13 Parteigenossen aus Mannheim, sowie der deutsche Arbeiter-Abstinenzent-Bund.

Zur Begründung beruft sich Scholz. Formen auf das Vorbild der ausländischen Bruderparteien. Durch die Debatten des Parteitage und die Diskussionen der Presse werde das Beste für die Aufklärung der Arbeiter getan, was überhaupt geleistet werden könne.

Brutus. Rattowitsch schildert seine Erfahrungen in Oberschlesien, wo der Fuzel die Arbeiterfamilien zerstöre und die Arbeiterklasse geistig töte. Die katholische Geistlichkeit und die Polen selbst kämpften jetzt mit für Alkoholliberalität. Auch für die Agitation unter den ober-schlesischen Arbeitern, namentlich den Frauen, werde eine Behandlung der Alkoholfrage auf dem Parteitage nützlich sein.

Engler-Freiburg: Der stärkste Bundesgenosse des Kapitals ist der Alkohol. Ich ist er durch das Bier bis in den letzten Winkel der Familie gedrungen. Der Parteitag muß einmal überlegen, wie die Partei innerhalb des Reichsparlamentes, der Landtage, der Gemeinden und innerhalb der Bewegung selbst den schädlichen Folgen des Alkohols entgegenzutreten kann.

Abg. Pfannkuch: Die Parteivorstandsmitglieder trinken sehr wenig; aber verbieten lassen, wenn es uns einmal schmeckt zu trinken, wie es uns auch nicht. (Lärm: Will auch niemand!) Wer wisse, welche Fragen das nächste Jahr bringen werde. Manche Abstinenzler verzehrten Kaffee und Thee in Quantitäten und Qualitäten, daß es noch schädlicher sei, oder machen ihren Hals zum Schlot. Man könne ebensowenig dem Parteivorstand zwingen, den Alkohol zu behandeln wie diese humanitären Bestrebungen.

Abg. Ehrhart-Ludwigshafen (als Rheinpfälzer mit großer Heiterkeit empfangen): Ich bin weder Antialkoholiker, noch stehe ich in Verbindung mit diesen. (Erneute Heiterkeit!) Mir schmeckt ein gutes Glas Wein sehr gut, besonders wenn es Pfälzer ist. (Große Heiterkeit!) Ebenso steht es auch mit dem Bier. Aber mir liegt der Genuß gerade in der Mäßigkeit. Ich bedaure auch, daß die Bewegung vielfach in Händen von Wortsführern liegt, von denen man sagt: Junge . . . (Große Heiterkeit!) Ich meine, die des Guten zu viel getan haben und nun glauben, daß auch die anderen dafür Paß tun müßten. (Heiterkeit!) Ich kann auch sachlich auf die Frage nicht eingehen, weil die Glöck des Präsidenten einen zwingt, immer aufzuköhnen, wenn es anfängt, am schönsten zu sein. (Erneute Heiterkeit!) Aber wir kommen als Partei nicht um die Frage herum. Vor Jahren war es ein kleiner Kreis, er wurde immer größer und jetzt wurde mir ganz angst und bange, als aus allen Teilen Deutschlands verlangt wurde, daß etwas geschehen müsse. Damit ist richtig gesagt, daß wir in Zukunft nur noch Mineralwasser trinken dürfen. (Heiterkeit!) Ich ziehe die Konsequenzen nicht, ich brauche noch kein Kuratel, ich weiß noch, wann es Zeit ist aufzuköhnen; aber wenn man beschränkt sieht, wie Arbeiter mit schmalen Löhnen so vollbesoffen sind, daß es ihnen fast zum Falle hinauskäuft, und wie sie dann in ihrem Damp die Parteiliste fingen, so fühlt man die Verpflichtung der Partei, etwas dagegen zu tun. Sehen wir also jedenfalls die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitage, und wär's an letzter Stelle. (Gr. Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Abg. Bebel: Wir im Parteivorstand sind keine prinzipiellen Gegner der Alkoholfrage. Wir kommen auch früher oder später um die Erörterung dieser Fragen nicht herum. (Lebhafter Beifall.) Aber legen Sie uns keine bindende Verpflichtung für den nächsten Parteitag auf.

Lehmann-Mannheim ist erfreut, daß Bebel die Sache doch ernst aufnahm, als vor ihm sein Kollege vom Parteivorstand, Pfannkuch. Der letztere habe bewiesen, daß er sich mit der Frage noch nicht beschäftigt habe. Und daß der Parteivorstand sich damit nicht identifiziere, das solle damit bewiesen werden, daß die Frage auf die Tagesordnung gesetzt werde. Der Redner wendet sich scharf gegen die mangelnde Erkenntnis der Tatsache, daß es sich beim Alkoholliberalismus um gesellschaftliche Schäden handle, während z. B. beim Raucher, Kaffeetrinker nur immer das einzelne Individuum in Frage komme. Man werde beispielsweise noch nie davon gehört haben, daß ein Raucher im Montags-Polizeibericht als Körperverletzte erscheine.

Der Antrag bez. die Alkoholfrage wird dem Parteivorstand überwiesen, ebenso der Antrag Berlin III,

das Wahlrecht in den Einzelstaaten auf dem

nächsten Parteitage zu behandeln, den

Geheimrat Berlin mit dem Hinweis auf das

bayerische Bündnis mit den schwarzen Raden begründet hat.

Die weiteren Beschlüsse — Massenfürsorge

behalte — werden auf morgen 8 Uhr 30 Minuten

vertagt.

Schluß 6 Uhr 30 Minuten.

Politische Stunden.

Beifall.

Puttkamer's Nachfolger. Einzelne bürgerliche Blätter haben, als Hauptredakteur Dornburg die Leitung des Kolonialamtes übernommen, die Hoffnung ausgesprochen, er werde die Verwaltung des Reichs zum Gouverneur nachgängig machen. Diese Erwartungen scheinen gütlich erfüllt zu werden zu sollen; denn, wie die „Frankf. Zig.“ zu melden weiß, wird Herr Geheimrat Seitz den Gouverneurposten schon im November übernehmen, nachdem er im Kolonialamt abgemittelt geworden sein wird, was zufolge infolge des Personalwechsels noch nicht der Fall sein soll.

Vom Briefgeheimnis. Bei einer von den Welfen in Hannover am Geburtstage des Herzogs von Cumberland veranstalteten Feier hielt der Reichstagsabgeordnete Freiherr v. Pöbenberg eine Rede, in der er der Reichspostverwaltung eine Verletzung des Briefgeheimnisses vorwarf. Der Redner führte da aus: „Ja, wir leben in einer wichtigen, bedeutungsvollen Zeit, in einer Zeit, die sogar die lebhafteste Neugierde der deutschen Reichspost erregt hat! Haben wir doch allen Grund, anzunehmen, daß die deutsche Reichspost in manche Weise sehr neugierig hineinguckt, die von Hannover nach Braunschweig gehen! „Allerdings“ — so meint der Redner weiter — „können wir uns ja nur darüber freuen, wenn derartige Briefe in Frage kommen, die wir selber verschlüsselt zu besorgen beschlagnahmt werden, da dieselben ja weiter nichts beweisen können, als daß die soviel geschmähten „Welfen“ die besten Deutschen sind und nicht nur einseitig das Wohl des angestammten Herrscherhauses, sondern des gesamten deutschen Vaterlands im Auge haben.“ — Die Reichspostverwaltung hat diese Beschuldigung prompt als jeder Begründung entbehrend zurückgewiesen. Und mit Recht! Denn bei uns ist, nach des seligen Post-Stephans Versicherung, das Briefgeheimnis so sicher, wie die Bibel auf dem Altar. Was auch die Sozialdemokratie an der Hand vieler sacher Erfahrungen — beschwören kann.

Die Wüstenbahn in Südwestafrika, deren Weiterführung von Rabub nach Keetmanshoop der Reichstag im Frühjahr, trotz der „forschen“ Rede des Obersten v. Deimling, abgelehnt hat, soll nun angeblich aus privaten Mitteln verlängert werden. Die „Deutsche Volkswirtschaft. Korresp.“ meldet: „Die Bahn wird weitergeführt werden, wenn auch nicht auf Kosten des Reiches oder unter einer Reichsgarantie, so doch von anderer und unter den Umständen gegebener Seite. Ganz in der Stille ist es den für diesen Zweck vereinigten Firmen A. Koppel und Hermann Bachstein, beide in Berlin, gelungen, die Erlaubnis zur Fortführung des Banes über Rabub nach Keetmanshoop hin zu erlangen. Die Angelegenheit ist inzwischen schon so weit vorgeschritten, daß bereits die Materialbeschaffung angeordnet worden ist, die im vorliegenden Falle ausschließlich in Deutschland vorgenommen wird.“ — Da darf man doch gespannt sein, unter welchen Bedingungen die genannten Firmen eigenes Geld in den Bahnbau hineinstecken wollen.

In dem Breslauer Prozeß wegen Beteiligung an den Ruhestörungen auf dem Striegauer Platz am 19. April ist das Urteil gefällt worden. Es wurden wegen Gewerbederogations (Koalitionszwang), Beleidigung, Widerstands gegen die Staatsgewalt und Auslaufs 38 Angeklagte verurteilt, davon zwei zu sechs, einer zu fünf, vier zu drei und neun zu zwei Monaten Gefängnis, die übrigen zu geringeren Strafen. Die Begründung des Urteils liegt noch nicht vor. Wie sie aber auch lauten möge, der kretische Berg hat ein winziges Männchen geboren. Nicht, daß wir die Strafen leicht fänden. Im Gegenteil hatten wir sie gegnüber der Brutalität der Unterhändler, die ihre Arbeiter ohne Gewand und ohne Anklage auf speerter und dadurch in ihnen eine maßlose Erbitterung erzeugten, und gegenüber dem Unmenslichkeit der Polizei für außerordentlich hart. Die Scharfsmacher aber, die aus diesem Prozeß Kapital gegen die Arbeiterbewegung zu schlagen gedachten, sind nicht nur um ihre Rechnung gekommen, sondern sie sind die Polizei sind im letzten Grade die Schuldigen erlitten. Der Haupterfolg des Prozesses aber besteht darin, daß gerichtlich festgestellt worden ist, was öffentlich zu behaupten Polizei und Staatsanwaltschaft länglich als ein strafwürdiges Vergehen ansehen, nämlich, daß in Breslau ein Polizist einem unschuldigen Menschen eine Hand abhacken kann, ohne daß es möglich ist, diesen Missethäter zu ermitteln.

Von der badischen Amnestie. Die Meinung, daß durch die Amnestie, die der Großherzog von Baden zu seinem Regierungsjubiläum erlassen, vier Grenadieren, die 1903 zu sechs und sieben Jahren Zuchthaus verurteilt worden sind, weil sie in trunkenem Zustande mit einigen Zivilisten zwei Unteroffiziere mißhandelt hatten, der Rest ihrer Strafe erlassen worden sei, bestreitet sich nicht. Dafür leben wir aber auch in einem Militärstaate, in dem die Disziplin dreimal geheißt ist.

Rußland.

Diktator Stolypin. Auf dem ihm zur Verfügung gestellten Minireuzer „Sibirskijrjokol“ besuchte Minister Stolypin den Zaren in den finnländischen Schären und hat e dort Gelegenheit, mit dem Zaren „vertraulich“ zu konferieren. Selbst der Hofmeister, Baron Frederiks, suchte einen Vorwand, um der etwa anderthalb Stunden dauernden Besprechung zwischen dem Zaren und dem Minister Stolypin nicht beizuwohnen! Das Ergebnis der Reise Stolypins ist in mancher Beziehung von großer Bedeutung. So hat der Zar unter anderem die bisherigen Vollmachten Stolypins dahin erweitert, daß alle wichtigen Verfügungen nur unmittelbar von diesem zu erteilen sind. Auch werden von jetzt ab alle Minister, ausgenommen der Reichs-, der Marine- und der Hofminister, ihre Verfügungen

unmittelbar von Stolz und Hochmut und auch die in Rede und Antwort stehen müssen.

Dem Jaren brennt der Boden unter den Füßen. Das „Echo de Paris“ berichtet, der Zar und die Zarin werden im Monat Oktober nach Biarritz (Frankreich) kommen und dort einen Aufenthalt von zwei Monaten nehmen. Das Jazzenpau wird im Besonderen abgelesen, wo bereits zahlreiche Gemäher bestellt seien. — Eine Befälligung der Wiedergabe ist anzunehmen.

Neue Morbdaten. Dienstag nacht fanden in der Umgegend der Stadt Odesa einige Morbdaten statt. Eine jüdische Familie von vier Personen und eine christliche Familie von drei Personen wurde ermordet und beraubt; die Täter sind entkommen.

Eine allgemeine Studentenversammlung beschloß, nachdem die 17-jährige Sperrung der Universitäten aufgehoben worden ist, die politische Organisation der Studenten wieder aufzunehmen. Die Versammlungsfreiheit ist den Studenten von der Regierung garantiert.

Das Kriegsgericht in Odesa verurteilte den Sozialisten Botolichow, der den Frontkarakter Michajew getötet hat, zum Tode durch den Strang.

Ruba.

Der Frieden ist anscheinend noch nicht in Sicht, wenigstens deuten die von den Vereinten Staaten ergriffenen Maßnahmen durchaus nicht darauf hin. Wie eine Telegramm der „New York Tribune“ aus Washington meldet, werden Präsident Roosevelt an, daß alle verfügbare Marineinfanterie sofort nach Entressen auf Ruba gelandet werden soll, wozu bereits der Befehl an die Kreuzer „Pracile“ aus Boston und „Brooklyn“ aus Philadelphia, sowie an das Schlachtschiff „Texas“ aus Norfolk ergangen ist, die ebenso wie ein in New Orleans gecharterter Rauffahrer nach Ruba unterwegs sind, um Truppen dorthin zu bringen. Man nimmt an, daß in kurzer Zeit eine Streitmacht von 12000 Mann, die teils bereits in Ruba sind, teils Marschordere erhalten habe, unter dem Befehl des Obersten Waller, der seiner Zeit die Marineinfanterie auf dem Marsche nach Peking befehligte, auf Ruba versammelt sein werden.

Süde und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 27. September

Achtung, Holzarbeiter. Nach Aufhebung des Streiks sind die Kollegen ausgeverrt. Zugang von Tüchtern Drechslern, Maschinenarbeitern und Hülsenarbeitern ist deshalb strengstens fernzuhalten.

Achtung, Schneider! Ueber die Werkstatt von Bietz, Fadenburger Allee, ist die Sperre verhängt.

Wie freisinnige Leute berichten. Der Herausgeber und Redakteur des „Landbote“, Kamerad Heise, ist im Nebenamt auch Berichterstatter des „Hamburger Fremdenblattes“, einer Zeitung, die stets dafür sorgt, den Liberalismus mehr und mehr in Mitleidenschaft zu bringen. In besagtem Hamburger Blatt erschien nun vorgestern eine Notiz, in der die Bürgerschaftsitzung vom letzten Montag kritisiert werden sollte. Was dort erzählt wird, steht zwar mit der Wirklichkeit in keinem Zusammenhang, aber es ist doch wenigstens darauf berechnet, der Sozialdemokratie ein auszuweichen. Man höre: Zu einem heiteren Zwischenfall kam es, als Dr. Wittern den sozialdemokratischen Sprecher Wissell, der den Kommissionsbericht in Grund und Boden zu reden suchte, darauf aufmerksam machte, daß sein Genosse Reichstagsabg. Schwarz diesen Kommissionsbericht mitgemacht habe. — Hiernach hat es den Anschein, als sei von sozialdemokratischer Seite zunächst die Tatsache verschwiegen worden, daß Genosse Schwarz Mitglied der Kommission gewesen sei, und daß es gewissermaßen erst den Ausführungen Dr. Witterns bedurfte, um hierauf aufmerksam zu machen. Die ganze Heise'sche Darstellung ist jedoch nur ein Phantastieprodukt und hat mit der Wahrheit so wenig zu tun, wie der „Landbote“ mit echtem Liberalismus. Es ist in der Wirklichkeit — und das weiß Herr Heise ganz genau, denn er wohnte der Sitzung selbst mit bei — gleich vom Genossen Wissell gesagt worden, daß Schwarz zwar der Kommission angehört habe, daß ihn das aber nicht abhalten könnte, die Arbeit der Kommission als ungeheuerlich zu bezeichnen. Erst nachher kam Dr. Wittern zum Wort und erlebte seinen unbestreitbaren Reinfall, über den Heise sich nach wie vor ausschweigt. Der Zweck der drei erfindenen Erzählung im „S. F. d. B.“ ist ohne weiteres klar und auch bereits oben angedeutet.

Zum Eintritt in die Kriegervereine, von manchen auch Kriegervereine genannt, fordert ein angeblicher Veteran die Reservisten, welche heute aus der aktiven Armee ausscheiden, auf. Die Zusage wurde im „Landboten“ veröffentlicht, was darauf schließen läßt, daß es die Absicht des Verfassers gewesen ist, möglichst wenig Leute mit seinem Geistesprodukt zu infundieren. Das ist immerhin lässlich. Der Mann sucht nun den Reservisten vorzureden, daß sie verpflichtet sind, auch nach dem Heeresdienst dem Kaiser Treue bis zum Grab zu bewahren. Natürlich mag das einem Menschen richtig erscheinen, der weiter nichts fühlt als Subordination. Derjenige aber, der selbst zu denken imstande ist, wird bald erkennen, daß er anderes zu tun hat, als sich im Kriegerverein im Hurrah-schreien zu üben. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung, die ihre kräftigste Stütze in dem herrschenden Regierungssystem hat, zwingt auch den Mann, der eben die zweifelhaftesten Freuden des Dienstes hinter sich hat, dazu, einzutreten für bessere Verhältnisse; bemerkt er dann, daß er darin am meisten gerade von denen gehindert wird, die ihn in einen Kriegerverein einfangen wollen, so wird er sich ganz von selbst derjenigen Partei, die wirklich Volksinteressen vertritt, der Sozialdemokratie zuwenden.

WB. Der Zweigverein Lübeck des Verbandes der Maurer hat eingehende Erhebungen über das Lehrlingswesen im hiesigen Zweigvereinsgebiet veranstaltet, welche in sofern recht interessant sind, als daraus hervorgeht, daß die Mehrzahl der Lehrlinge sich im ersten und zweiten Lehrjahre befinden, was wohl eine Folge des vorjährigen Streiks sein dürfte; das Unternehmertum sucht sich aber willkürliche Arbeitskräfte zu erzeugen. Die Zahl der Lehrlinge, welche im ersten Lehrjahre stehen, beträgt 50, im zweiten Lehrjahre stehen 48, im dritten 47, im vierten 27, zusammen 172. Das Alter schwankt zwischen 14 bis 35 Jahren. Der Lohn schwankt im ersten Lehrjahre zwischen 6 bis 29 Pf., im zweiten von 10 bis 35 Pf., im dritten von 12 bis 18 Pf. und im vierten von 14 bis 22 Pf. pro Arbeitsstunde. Da der Lohn im ersten bzw. im zweiten Lehrjahre in einigen Fällen höher ist, als im dritten resp.

im vierten Lehrjahre, so kann man daraus ersehen, daß gerade in letzter Zeit eine größere Anzahl auch älterer Leute als Lehrlinge eingestellt worden sind. Der Zahl der Lehrlinge von 172 steht eine Gesellenszahl von 288 bei solchen Unternehmern, welche Lehrlinge beschäftigen, gegenüber, sodaß auf einem Lehrling nur 1 1/2 Gesellen kommt, welche Zahl hierzu in keinem Verhältnis steht, wenn man bedenkt, welche Anforderungen später nach beendeter Lehrzeit an diese Leute gestellt werden. Daß also von einer richtigen Ausbildung keine Rede sein kann, liegt auf der Hand. Außerdem sind in Schlutup, welches ebenfalls zum Zweigvereins-Gebiet gehört, noch 11 Lehrlinge gegenüber 35 Gesellen beschäftigt; hierdurch stellt sich die Gesamtzahl der Lehrlinge auf 183. Wie sich manche Unternehmer die Ausbildung ihrer Lehrlinge vorstellen, mag aus Nachstehendem ersehen werden: Bei 9 Unternehmern mit 22 Lehrlingen waren überhaupt keine Gesellen beschäftigt. 7 Unternehmer mit je 1 Gesellen beschäftigten 17 Lehrlinge, 3 Unternehmer mit je 2 Gesellen 8 Lehrlinge usw. Die größte Zahl der Lehrlinge, nämlich 16, beschäftigt die Firma Blund u. Sohn, aber auch die höchste Zahl der Gesellen (39). Dann folgt die Firma Stender, Nordström, Niemann und Torfuhl mit je 13 Lehrlingen gegenüber einer Gesellenszahl von 9 bzw. 21. Bei der Firma Fridenreich waren 11 Lehrlinge und 22 Gesellen, bei Oldenburg 10 Lehrlinge gegenüber 9 Gesellen beschäftigt, sodaß bei diesen 5 Firmen eine Anzahl von 63 oder über ein Drittel aller Lehrlinge beschäftigt ist, gegenüber 100 Gesellen. Der Maurermeister Cobober, welcher 7 Lehrlinge hält, hatte zur Zeit der Aufnahme keine Arbeit, infolgedessen waren alle Lehrlinge nach andern Unternehmern vertriehen. Unternehmer, welche keine Gesellen beschäftigten, waren Carlens mit 3 Lehrlingen, Dreyer mit 3, Rosenblum mit 3, Howe mit 2, Bruhns, Schwarz, J. Kröger und Walsleben mit je 1 Lehrling. Zie beschäftigte neben 1 Gesellen 5, Verlies, Thormann neben je 1 Gesellen 3 Lehrlinge, Sengpiel bei 3 Gesellen 4 Lehrlinge. Nachstehende Tafel wird uns Auskunft geben, wie das Verhältnis der Zahl der Gesellen zu der Zahl der Lehrlinge bei den einzelnen Unternehmern stellt:

Unternehmer	Ges.	Lehrl.	Unternehmer	Ges.	Lehrl.
Dechau	2	5	Brigge	20	8
Verlies	1	3	H. Stender	1	2
J. Tefenburg	1	2	H. Steder	2	2
Dreyer	—	3	lter	2	1
Bogt	4	2	Jahn	5	1
Cobober	—	7	Jakobs	3	2
H. Tefenburg	4	1	J. Kröger	—	1
Fridenreich	22	11	Rosenblum	—	3
Wegner	20	5	Thormann	1	3
Blund u. Sohn	39	16	Körner	1	1
Stender	—	—	Dau	1	1
Nordström	9	13	Schwarz	1	1
Niemann	—	—	Walsleben	—	1
Torfuhl	21	13	Howe	—	2
Zie	1	5	Bruhns	—	1
Sengpiel	3	4	Jönson	3	2
Wandke	11	4	Rahns u. Kleinfeldt	5	4
Stapelfeldt	38	4	Fajel u. Veelmann	20	2
Glogner	6	4	Schnoor	5	4
Cordts	10	5	Strull	2	2
Schula u. Sohn	15	8			
Oldenburg	9	10			

Da nun jeder Vater oder Vormund ein Interesse daran hat, falls der Sohn Lust zum Maurerhandwerk zeigt, daß derselbe dieses auch gründlich und nach allen Regeln der Kunst erlernt, so mag vorstehendes Verzeichnis einen kleinen Ueberblick gewähren; sollte sich jemand trotzdem noch im Zweifel befinden, so wird er gut tun, sich bei solchen Personen, die dieses wissen, oder bei der Leitung der Maurer Organisation Erkundigungen einzuziehen. Denn bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen kann es doch nicht beachtet werden, nur ein Handwerk zu erlernen, um nachher als Reservarmee die Landstrassen zu bevölkern. Im übrigen hatte früher das Handwerk einen goldenen Boden; daß dieses heute nicht mehr der Fall ist, dafür sorgen schon die herrschenden Klassen durch ihre wahnsinnige Steuerpolitik. Und gerade das Maurergewerbe liegt schwer darunter. Andererseits beweist auch die Statistik das Arbeitslosigkeit, Krankheit und frühes Siedentum gerade bei den Maurern eine bedeutende Rolle spielen. Deshalb ihr Eltern und Vormünder, ehe ihr eure Kinder in die Lehre gebt, überlegt dieses erst gründlich, und vor allen Dingen überlegt Euch, bei wem ihr Euren Sohn in die Lehre geben wollt.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein Ring-Bier.

Wahl. Von der Gemeindeversammlung in Riese r a u ist der bisherige Vorsitzende des Gemeindevorstandes, Dufner J. J. G. H. Keimer's daselbst in gleicher Eigenschaft auf die gesetzliche Amtsdauer von 6 Jahren wiedergewählt worden.

Für die Jahre bei Herrentopf hat das Polizeiamt folgende Bestimmungen erlassen: Die Ueberfahrt findet vom 1. April bis 30. September von morgens 6 bis abends 9 Uhr, in der übrigen Zeit des Jahres von morgens 7 bis abends 6 Uhr statt. An Fahrgehalt ist zu zahlen für die einmalige Fahrt von jeder Person 5 Pf. Außerhalb der genannten Zeiten ist der Fährmann zum Ueberlegen nicht verpflichtet, aber berechtigt. Das Fahrgehalt beträgt in diesem Falle für jede Person 20 Pf. Wenn die Ueberfahrt durch Eis behindert ist, ist der Fährpächter von der Verpflichtung zum Ueberlegen befreit. Diese Verordnung tritt mit dem 1. Oktober 1906 in Kraft. Mit dem gleichen Tage treten die Verordnung und Taxe, betreffend den Fährbetrieb bei Herrentopf, vom 27. Mai 1902 außer Kraft.

Arbeiterrisiko. Auf den Dubeca = Werken stanzte sich gestern vormittag gegen 10 Uhr der Stänger Heinrich Gottmann, ein Familienvater mit 6 Kindern, vier Finger von der rechten Hand ab. Dem Bedauernswerten, der sofort ins Krankenhaus befördert wurde, mußten dort drei Finger gang und einer am zweiten Glied abgenommen werden.

Als Gegner des allgemeinen gleichen, geheimes und direkten Wahlrechts hatte sich der Vertreter des hiesigen nationalliberalen Jugendvereins auf dem Parteitag in Hannover bekannt. Nunmehr erklärten sich die übrigen jungen nationalliberalen Leuten in ihrer Versammlung

mit dieser Stellungnahme ausdrücklich einverstanden. Das war zu erwarten, denn für das gleiche Wahlrecht hat man in nationalliberalen Kreisen im höchsten Maße platonische Liebe gezeigt, weil man es eben nicht ändern konnte.

Nationale Schweinefleisch. Auf dem Gehöft des Hauswirts Methwich in Schattin ist die Schweinepest ausgebrochen. Die Schweinehälften des Genannten sind unter Speere gestellt.

Stadttheater-Previsorium. Die technischen Einrichtungen der Stadtballenbühne sind dieser Tage durch die Brandbehörde und die Polizeibehörde einer eingehenden Nachprüfung unterzogen und in allen Teilen gut funktionierend und zweckentsprechend befunden. Der Eröffnung der vom Direktor Biorkowsti in sorgsamster Weise vorbereiteten Spielzeit steht sonach auch in dieser Richtung kein Hindernis mehr entgegen. Der Schluß der Abonnementzeit, für die besonders billige Preise festgelegt sind, findet heute Donnerstag statt. Bei der Eröffnungsvorstellung am Sonnabend („Nathan der Weise“ von Lessing) sind Eintrittskarten von heute ab bei F. W. Kappel und an der Theaterkasse zu haben. — Die Arbeiter können Theaterbilletts zu ermäßigten Preisen für Parterre und Balkon im Vereinshaus erhalten.

Wiederangefunden haben sich die beiden Fahreräder, von denen gestern gemeldet wurde, daß sie mutmaßlich untergeschlagen seien. Sie waren an eine falsche Adresse gelangt.

pl. Diebstahl. In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch dieser Woche wurden auf zwei am Konstantinplatz liegenden schwedischen Seglern von den laufenden Tauen, die zum Hissen der Segel benutzt werden, etwa 50 Meter abgetrennt und gestohlen. — Einem daneben liegenden finnischen Segler wurden die Tawe gefaselt, an denen er am Lande befestigt war. Da diese Tawe am Taborste liegen blieben, so ist es zweifelhaft, ob hier ein Diebstahlsversuch oder ein Nachhalt vorliegt.

Nienendorf a. E. Achtung, baugewerbliche Arbeiter! Ueber das Geschäft von Hardt ist die Sperre verhängt.

Hamburg. Der Maifeierprozeß der Hamburg = Amerika = Linie gegen 127 Schauerleute vor dem Gewerbeamt endete mit der Verurteilung der Beklagten zu ei er Schadensersatzleistung von je 18 Mk. an die Klägerin und zur Tragung der Kosten des Rechtsstreits. Die U. L. hat also im „Prinzip“ gesiegt. In der Begründung des Zwischenurteils, ist der U. L. das Recht zugestanden worden, ihre Schauerleute 36 Stunden hintereinander ausbeuten zu dürfen! Ein Verstoß gegen die guten Sitten, auf die sich die Beklagten beriefen, wird darin nicht erblickt. Im Gegenteil. Als gegen die guten Sitten verstoßend erachtet das Gewerbeamt den „Kontraktbruch“ der Arbeiter, die sich erlaubt haben, nach 22tägiger Arbeitszeit eine Ruhepause zu machen. Im Zeitalter der so viel gepriesenen „Sozialreform“ steht einmal den Kapitalisten das „Recht“ zu, ihre Lohnsklaven 36 Stunden hintereinander zu beschäftigen. Dieses Urteil beleuchtet hellschwarz das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit und wird von den Arbeitern im Gedächtnis behalten werden. — Die Klage der U. L. lautete ursprünglich auf Mt. 12000, obwohl sie ihren Schaden auf Hunderttausende berechnete. Im Laufe der in mehreren Terminen stattgehabten Verhandlung ermäßigte der Vertreter der U. L. die Forderung auf Mt. 20 und auf Zustimmung des Vorsitzenden schließlich auf Mt. 18, weil es der U. L. nur auf die Wahrung des Prinzips ankomme.“ Nach diesem Urteil sollen also die Beklagten in Summa Mt. 2286 an die große Meilinie zahlen. — Großfeuer im Dajen. In vorletzter Nacht gegen 12 1/2 Uhr brach auf der Reichert'schen Schiffswerk und Maschinenfabrik ein Feuer in einem Fach aus, welches mit Unrat angefüllt war. Das Feuer hatte sich sehr schnell verbreitet, setzte das hölzerne Bollwerk in Brand und sprang auf den neben dem Bollwerk liegenden im Bau befindlichen neuen Dampfer „Adolf Boermann“ über. Die Entstehungsurache des Feuers ist nicht bekannt geworden.

Stade. Zur Reichstagswahl Bremer Vorde = Stade. Am Sonntag abend, den 23. September, hat sich in der von der freisinnigen Volkspartei in Bremer Vorde einberufenen Wählerversammlung ein Vorschlag ereignet, der einen hübschen Beitrag zur Charakteristik der freisinnigen Volkspartei liefert. Nachdem deren Kandidat Herr Reinhold Otto sein Programm entwickelt und die überall im Kreise zum Vortrag gebrachte Kandidatenrede Wort für Wort phonographenartig heruntergeleiert hatte, meldete sich der Genosse Peine = Bremerhagen zum Wort. Doch der Vorsitzende, Zigarrenfabrikant Rodicke = Scharmbed erklärte: „Wir haben uns zum Prinzip genommen, keinen Redner zuzulassen, der nicht Wähler des 18. Wahlkreises ist. Trotzdem mir Herr Peine persönlich bekannt ist, und ich anerkennen muß, daß er in sachlicher Weise polemisiert, kann ich doch unser Prinzip nicht brechen, so leid es mir tut.“ Als Genosse Peine den Vorsitzenden in ruhiger Form ersuchte, doch die Versammlung entscheiden zu lassen, fand der „entschieden liberale Mann“ nicht den Mut, das Wort der Versammlung einzuholen, sondern bestand auf sein echt freisinniges „Prinzip“. Mit den Worten: „Ich überlasse Ihre Handlungsweise dem Urteil der Versammlung!“ verließ Genosse Peine die „liberale“ Versammlung.

Wilslohshaven. Der Streit der bei den Hafenerweiterungsbauten beschäftigten Arbeiter der Vereinten Maschinenfabriken Augsburg und Nürnberg ist nach Bewilligung der neuntägigen Arbeitszeit beendet, so melden bürgerliche Blätter.

Briefkasten.

U. Sonntag bin ich leider verhindert.
Bauer = Cutter Bfd. 1,25 Mt., Meterei = Metzger Bfd. 1,40 Mt., Hafen = St. — Mt., Enten 2,70 — 3, — Mt., Gärner = 1,70 — 2,00 Mt., Küten = 1,20 Mt., Tauben = 0,60 Mt., Gänse = 75 Pf., Hühner = — Mt., Schweine = 1, Bfd. 0,60 Mt., Schinken = 1,30 Mt., Würst = 1,30 Mt., Eier 7 Stück 60 Pf., Schleie = 1,40 Mt., Ger. = 2,00 Pf., 1,20 — 2,40 Mt., Karawischen = 80 Pf., Rechte = 70 Pf., Gerichte = 70 Pf., Mal = 0,90 Mt., Apfels. beste Gravensteiner 100 Pf., 14, — Mt., Rannen 100 Pf., 8, — Mt., Pfäume = 100 Pf., — Mt., Kirchen = 100 Pf., Zwiebeln, hiesige 100 Pf., — Mt., Gurk = 100 Pf., — Mt., Kartoffeln beste, 200 Pf., 6 Mt., per 10 Liter 60 Pf., magnum bonum 200 Pf., 5, — Mt., Kartoffeln 10 Liter 50 Pf., Gerings 2 St. 10 Pf., Dorche wenig, Brachsen = 1 Pf., Gemüse genügend, Blumenkohl, Kopf 30 — 50 Pf., — Pf., 100 Pf., — t.

Streuwaren = Steuerm.

Hamburg, 26. Septbr. 1906.
Der Schweinehandel verlief ziemlich gut. Zuführt wurden 318 Stück, davon vom Norden = Städ, vom Süden = Städ. Preis: Versandschweine = schwere 71 — 72 Mt., leichte 72 Mt., Sauen 64 — 69 Mt. und Ferkel 68 — 71 Mt. pro 100 Pfund.

Die glückliche Geburt einer gesunden Tochter zeigen hocherfreut an
Heinrich Röper und Frau.

Vokal-Verband der Hafenarbeiter Lübecks

Die Beerdigung unseres verstorbenen Mitgliedes
Heinr. Gutow
findet statt am Freitag den 28. September, vor-
mittags 11 1/2 Uhr.
Versammlung der Mitglieder vorm. 10 1/2 Uhr
im Vereinshaus.

Der Vorstand

Unserm lieben Großpapa zu seinem 70. Wiegen-
feste die besten Glückwünsche!
Gottfried, Will und Mariechen.

Hermann Neumann in Fadenburg zum
Geburtstag ein dreifaches Hoch

Nur rate mal

Zum 1. Januar eine kleine Wohnung zu
vermieten, Preis 160 Mk. Näheres
Marktstraße 27, pt.

Zum 1. Oktober oder später **Gronsforder**
Allee 102-104 schöne abgest. Wohn-
2 Stuben, Küche, Kloset, abgest. Keller,
Bodenl., Waschl., Trockenboden.
Näh. Gronsforder Allee 83 a.

Eine isolierte Wohnung gesucht
zum 1. Januar im Be von 160-200 Mk. i d
Nähe d. Burat Off u. P. 100 an d. Exp. d. B.

Eine kleine Flügelwohnung
zum 1. Oktober billig zu vermieten
Großer Kiebau 40.

Gesucht zum 1. Januar eine Zweistuben-
wohnung von 180-200 Mark, Nähe der
Motsinger Allee.

Off. u. B 10 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Gesucht zum 1. Januar eine Werkstätte
mit oder ohne Wohnung vor dem
Mühlentor

Off. u. B 13 31 an die Exped. d. Bl

Gesucht Arbeiterinnen. August Schumacher Grüneisenstraße 3.

Zum 1. November
ein Mädchen

für Küche, Hausarbeit und Wäsche und
ein Folgemädchen. Zu melden möglichst
mit Zeugnis Donnerstag und Freitag den 27. u.
28. September von 6-8 Uhr abends.

Frau Dr. G. Reimann, Parade 2.

Jg. Mädch. können d. Schneiderei
erlernen. (Original-Weitschnitt.)
Frau Wendi, Friedenstr. 103.

Zu kaufen gesucht eine 1- oder 2 schlaf.
Bettstelle mit Sprungfedermatratze. Offert m.
Preisang. u. C. L. an d. Exp. d. Bl.

Ein Sofa billig zu verkaufen
Wilhelmstraße 1, part.

Ein eiserner Ofen billig zu verk.
Friedrichstraße 8, part.

Billig zu verkaufen ein Sportwagen, ein
Winter-Jacke, passend für jg. Mädchen
Fleischhauerstr. 70, II.

30-40 leere Kisten und ein starker
Gepäckhalter f. Fahrrad billig zu verkaufen.
Hühnstraße 27.

1 guterhaltener Herren-Winterüber-
zieher, 1 Kappe und 1 Kindermantel zu
verkaufen Johannisstr. 56.

Verloren auf dem grünen Platz bei der
alten Kaserne eine Klassen-
mütze, gezeichnet Krüger.
Abzugeben Seebergstr. 6, 1.

Canben zugeschnitten.
Schwarzwasser Allee 71a.

Fr. Voss, Glaser,
wohnt jetzt Wahnstraße 90.

Empfehle mein
Barbier- und Friseur-Geschäft.

Johs. Lau, Dankwartstr. 39.
kaufe ausgekämmtes Haar.
Haararbeiten zu billigen Preisen.

Zwetschen,
schön süß, 10 Pfd 40 Pfg
Deichmann, Lindenstraße 55.

Zwetschen
10 Pfd 40 Pfg.
Dornestraße 32 a.

Täglich frisches Raseburger
Kommisbrot,
Schwarz- und Feinbrot.

Niederlage;
W. Kelling vorm. H. Holst,
Regidienstraße 43.

Wiegel's
Konservierungs-Honig-Essig
beliebtester Einmach-Essig.

Zum Umzug Vorzugs-Preise. Gardinen

bieten wir wieder

- Engl. Tüll, Motor 90, 63, 42, 33, 28, 26, 24 Pfg.
- Engl. Tüll, Fenster 2 Flügel, 4.40, 3.95, 3.10, 2.45 Mk.
- Engl. Tüll, Fenster 2 Flügel, 10.50, 8.75, 6.60, 5.50 Mk.
- Engl. Tüll-Stores, 7.75, 5.90, 3.25, 1.95 Mk.
- Scheibengardinen, Motor 60, 42, 30, 24 Pfg.
- Engl. Mulls u. Organdis, Mtr. 1.25, 1.10, 95, 55 Pfg.
- Erbstüll- und Spachtel-Bettdecken für 1 Bett 9.75, 4.50 Mk.
- Erbstüll- und Spachtel-Bettdecken für 2 Betten 20.00, 16.75, 10.50 Mk.
- Erbstüll- und Spachtel-Gardinen Fenster 2 Flügel 18.75, 13.00, 11.50, 9.75 Mk.

Restbestände in Stores und Gardinen
zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Ueber 50 Stand fertige Betten,

vollkommen gross, in reellster Ausführung, garantiert lederdichte Stoffe mit
neuen Federn, Unterbett, Decke und Kissen.
zusammen für nur 11 80 Mk., bessere schon für 17.50 Mk.

- 1) Besonders gutes Bett für 27.50 Mk., Wert 35 Mk.
- 2) Extra feines Aussteuer-Bett für 38 Mk., Wert 48 Mk.
- 3) Prima Qualität jetzt nur 48 Mk., Wert 60 Mk.

Etwas angestäubte Betten, sowie einzelne Bettteile
ganz enorm billig.

Eiserne Bettstellen

von 4,95 Mk. an, mit doppeltem Spiralfederboden von 8,00 Mk. an,
mit Keil, Leinen m. Segrasfüllung Mk. 5,75, 3,90
Matratzen 80/190
mit Drellbezug 90/190 8,25 80/190 7,25

Markmann & Meyer

Breitestrasse 44. Lübeck.

Bei Postversand von 10 Mk. an franko.

Bibliothek des praktischen Wissens.

- Nr. 1. Die Kunst der Rede, Mk. 1.
- Nr. 2. Das Ehe- und Familienrecht, Mk. 0.75.
- Nr. 3. Das Vormundschaftsrecht, Mk. 0.75.
- Nr. 4. Das Erbrecht und die Testamente, Mk. 0.75.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

„FLORA“

Konzerthaus.

Sonntag den 30. September 1906:

Eröffnung des Cafés u. Restaurants I. Etage.

Jeden Sonntag: Großes Konzert.

Grosser Saal: Tanzkränzchen.

Eintritt zu sämtlichen Räumten frei.

Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr. Max Siems.

Der beliebte
Gesundheits-Schnupf-Tabak
ist zu haben im Tabak- und Zigarren-Ge-
schäft von
Konrad Knabe
Meierstraße 21.

Die Rechte u. Pflichten des Mieters.

Von **Richard Lipinski**.
20. Auflage. Preis 20 Pfg.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co
Johannisstraße 50.

ff. Kornbranntwein und
Doppel-Kümmel
in der seit Jahren bekannten vorzüglichen
Qualität empfiehlt billigt in Flaschen, Korb-
flaschen und Gebinden
Wilhelm Rahfoth
Lübeck, Untertrave 113.
Billige
Tapeten-Reste
Georg Bornhöft
Safen-Drug-rie
Untertrave 44/45, h. a. Drehbrücke.

Unfertigung eleganter Herren-
garderobe unter Garantie des guten
Sitzes, sowie sämtliche Schneider-
bedarfsartikel.

Reparaturen werden sauber und
billig ausgeführt.

Rob. Schröder, Schneider
Wahnstraße 51.

Steinkohlen, Braunkohlen, Briketts,

sowie alle anderen Brennmaterialien
empfiehlt in vorzüglicher Ware billigt.

Fernruf 242. **Christian Gäde**
Kantor Fischergrube 4 u.
bei der Drehbrücke.

Die Arbeiter-Garderoben

aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck **Otto Albers** 10.

und vorteilhaft bekannt durch gute Ver-
arbeitung und sehr billige Preise. U. N.:

- Lederhosen 2,20-3,45
- Maurerhosen 2,60-3,75
- Schlosserhosen 1,88-3,25
- Leberziehhosen 1,08-2,36
- Zwirnhosen 1,68-3,25

leimene Jacken, Schräge und gerade, 1,28
Kajen, Hemden, Schlachterjacken, Friseurjacken,
Wasser-Wäscheleinen, etc. billigt.
Küchen von 40 Pfg bis 1,88 Mk.
Note Lubecamarcken.

Zwetschen

irisch gepflückte Ware
zum Einmachen
10 Pfd. 40 Pfg.

Joh. Piehl, Warendorffstr. 41.

Rotwein, Weisswein,
Medizinal-Tokayer, Samos,
Malaga, Portwein, Sherry,
Madeira, Liköre.

Rum, Cognac, Arrac
in allen Preislagen
und in nur besten Qualitäten

Wilhelm Rahfoth, Untertr. 113.

Arbeiter-Bildungsschule Lübeck.

Im Lehrplan der Arbeiterbildungsschule muß
es heißen:

Mittwoch: Naturwissenschaft.
(Abstammung des Menschen.)

Lehrer: Herr Dr. Schlomer.

In der früheren Anzeige war irrümlicherweise
statt Naturwissenschaft Erdkunde angegeben.
Der Vorstand.

Achtung Holzarbeiter!

Die Auszahlung der Miete-Unterstützung
erfolgt am Freitag den 28. d. M., nach-
mittags von 4 bis 8 Uhr. Mitgliedsbuch
muß vorgelegt werden.

Nach dem 1. Oktober können Mietsansprüche
nicht mehr berücksichtigt werden.

Die Streikleitung.

Hansa-Theater

Nur noch 3 Tage
Goldner Wundergarten

und das
Große Programm.

Vorverkauf in Sager's Zigarren-Gesch.

Panorama

Breitestraße 53, 1. Etg.

Besuch der Schlösser

Versailles.

Gr.- u. Klein-Trianon.

Stadthallen-Theater

Direktion: Ludw. Piorkowski.
Sonnabend, den 29. Sept. 7 1/2 Uhr
Nathan der Weise

Schauspiel in 5 Akten von Lessing.
Schauspielpreise!
Vorverkauf nur an der Theaterkasse
und bei F. W. Kabel, Breitestr. 10.

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Originalbericht des „Lübecker Volksboten“)

Mannheim, den 25. September 1906.

Zweiter Verhandlungstag. (Dienstag.)

Der Parteitag hat sich heute vormittag im Riedlungssaal des „Rosenpark“ häuslich eingerichtet, nachdem über Nacht der Anzug vom „Apollo“ statt gefunden hatte. Auch in dem Nebenraum, der den Delegierten schon bei der Begrüßungsfeier am Sonntag heimlich geworden war, sitzt die Masse der Delegierten und Pressevertreter, — wohl 500—550 Personen an der Zahl — den größten Teil des Parteitags. Das Bureau, die auswärtigen Gäste sowie die Mitglieder des Parteivorstandes haben auf dem Podium Platz genommen, von dem aus auch die Redner sprechen. Im Vorzimmer davor haben sich an drei Tischen die Vertreter der Presse — über 100 Personen — versammelt, dahinter sitzen die 400 Delegierten. Die Anzahl erhöht sich in dem Saal trotz seiner gewaltigen Dimensionen auch für die relativ kleine Korona als ganz ausgezeichnet, auf allen besetzten Plätzen sind die Redner — allerdings bisher lauter als üblich — bis auf die letzte Silbe zu verstehen. Die Galerien füllen sich bald, schon um 9 Uhr waren einige Hundert Besucher dort zu sehen. Die Sonne, die heute — zum erstenmal seit der Parteitagseröffnung — einen freundlichen hellen Herbsttag verspricht, beleuchtet durch die geöffneten Fensterscheiben des Saals und läßt auch eine halbtägige Durchdringung des etwas kühlen Raumes erwarten.

Singer eröffnet die Sitzung und beruft Ulrich-Offerbach, Wollermann-Schönberg und Fleischer-Dietrich als Schriftführer ins Bureau.

Sundermann-Dresden gibt den

Bericht der Mandatsprüfungskommission.

knapp 404 Leitnehmer, (313 Delegierte mit 335 Mandaten, 52 Nichttagsabgeordnete, 20 Parteifunktionäre und 19 Gäste) am Parteitag teilnehmen. Drei Protokolle, die eingelaufen waren, wurden als nicht fichtfertig erklärt. Die Mandatsprüfungskommission erklärte vielmehr sämtliche Mandate für gültig.

Grüning-Kiel bittet im Namen von 130 organisierten Frauen Riets das Mandat der Genossin Niendorf für ungültig zu erklären, weil sie nicht nach dem Statut in einer „besonderen Frauenversammlung“, sondern nur in einer Konferenz gewählt worden ist.

Kindfleisch-Kiel widerspricht dem Vordrager. Nicht sachliche, sondern ausschließlich persönliche Gründe hätten diesen Protest hervorgerufen. Die Konferenz ist ordnungsgemäß einberufen worden und die Wahl ordnungsmäßig vollzogen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Alle Mandate werden gemäß dem Antrage der Mandatsprüfungskommission für gültig erklärt.

Sirrauf wird die

Debatte über den Vorstandsbericht

fortgesetzt. Zur Debatte stehen wiederum die bereits mitgeteilten Anträge: Erweiterung des Vorstandes, Beilegung der Funktionsverhältnisse und des Tätigkeitsbereichs der Zentralvertragsperson für die Provinzpresse.

Simon-Münster führt aus, daß die Genossen in Nordbayern mit den Ausführungen Ehrharts über die Beilegung nicht einverstanden sind, sondern daß vom Be-

zug Nordbayern auf dem heutigen Parteitag der Standpunkt vertreten worden sei, daß von den tatsächlich geleisteten Beiträgen der entsprechende Prozentsatz an die Zentralstelle abgeführt wird. (Vorb. Zustimmung.)

Ulrich-Offerbach: Der Standpunkt des Finanzministers ist ja ganz verständlich und an sich ganz berechtigt, aber er hat doch den tatsächlichen Verhältnissen nicht genügend Rechnung getragen. Wir haben den Oberwald und anderen armen Gegenden, in denen wir unmöglich mit dem Beitrag heraufgehört konnten. Unsere Absicht bei der Neuverteilung war, für die Zentralstelle solche zu leisten, wie nur möglich ist und mehr als bisher. — Was die allgemeine Situation angeht, so zeigt sich immer deutlicher, daß in allen Kreisen den vorgeschlagenen und zur Durchführung gebräuchlich gewordenen die die Parteigeschäfte erleichtern. Ich stand von beiderseitigen Parteibürokraten ausprüchlich gegenüber, aber die Erfahrungen dieses Jahres haben mich belehrt. Gegenüber scheint mir eine allseitige Vereinfachung des Parteivorstandes für eine erfolgreiche Aktion nicht wünschenswert. Mag der Parteivorstand sich die Kräfte aneignen, soviel er will; dadurch werden die Stämme vergrößert nicht vermindert, deren Beschluß notwendig ist, um eine Aktion einzuleiten. Doch ein Wort über die Veröffentlichung der Protokolle. Nachdem der Antragsgegner der „Einigkeit“ losgelassen war, mußten sie veröffentlicht werden, wollten wir nicht alle wie kleine Kinder im Dreck sitzen bleiben. (Hört. n. Beif.)

Paul Hoffmann-Hamburg: Es ist richtig, daß schon in der Genossenschaft zur Statutenberatung Ehrhart und die Süddeutschen denselben Standpunkt vertreten haben wie jetzt. Aber nachdem das Organisationsstatut angenommen war, hatte ich doch nicht geglaubt, daß es sobald auch tatsächliche Kräfte aus der Welt schaffen würden. Ich habe die Entscheidung Gedulds durchgesehen. Wenn alle sich auf denselben Standpunkt stellen wollten: Wir haben zwar nichts gegeben, aber auch nichts verlangt, — woher sollten wir dann das Geld zur Agitation nehmen in den Gegenden, in denen noch wenige Arbeiter vorhanden sind? Das Statut ist nicht geändert, um umzugehen, sondern um befolgt zu werden. (Vorb. Beif.) Riets wendet sich dann gegen das Urteil der Mandatsprüfungskommission in Sachen Th. in Hamburg. Der Ausschluß der Genossin Niendorf ohne jeden besonderen Grund ist unbillig durchbrochen worden. Der Ausschluß der Genossin „auf Zeit“ ist nicht sachlich in der Partei werden.

Grümpel-Lübeck wendet sich gegen die Darstellung seiner Beschwerde durch die Kontrollkommission. Er habe nicht die Parteikasse in Anspruch nehmen, sondern nur die Vermittlung des Parteivorstandes anrufen wollen, um einige geschäftliche Angelegenheiten zu erledigen. Der Parteivorstand habe die Vollziehung hierfür, das Vorliegen eines höheren Parteinteresses verneint, dagegen habe er sich an die Kontrollkommission gewandt. Wenn man Riets in seiner ersten Ablehnung von „Entschädigung und Abfindung“ spräche, so sei das ein Fortschritt. Er beantrage daher Rückverweisung der Sache an die Kontrollkommission oder Überweisung an die Revisionskommission.

Perrot-Stettin: Nach der Provinzwurm kritisiert sich, wenn er geteilt wird. Grisch hat mit seinen Unterstützungszahlen für Elßaß-Lothringen großes Glück gemacht. Aber er hat nicht genügend hervorgehoben, welche reale Werte dem in unserem Parteianternehmen gegenüberstehen. Wie Elßaß-Lothringen, die wir im Schattenspiele köstlich leben, bedürfen der vollen Unterstützung der Parteigenossen im übrigen Deutschland. Hoffentlich werden uns auch die Führer der Partei häufiger als bisher zu uns nach

dem Elßaß kommen. Unsere Agitation bedarf auch der notwendigen Unterstützung mehr als bisher.

Hoffmann: Ich bitte, daß der Parteivorstand hauptsächlich die Verantwortlichkeit dem Teile des „Vorwärts“ widmet, in dem die „Bastardnachrichten“ stehen. Er hat sich zweifellos in der letzten Zeit gebessert, aber er muß stets alle Anregungen der Provinzpresse sammeln und durchaus ruhig und objektiv, ein Muster auch in der Vornahme des Tonus und der Haltung sein. Die Redakteure müssen dazu die nötige Arbeitsfreiheit und Ruhe haben, um stets die Ruhe und die gesunde Reden zu bewahren, die für diese Art der Redaktionsstätigkeit notwendig sind. Wie sehr Ruhe in diesen Fragen notwendig ist und wie leicht man Anstoß erwecken kann, beweisen die gestrigen Ausführungen des Genossen Thiele über den Artikel mit der Überschrift „Täppische Büterei“. Er hat noch nicht die schlimmsten Ausdrücke zitiert, das „Fälschergeschäft“ und den „dunklen Exenmann“. Es ist ja sehr bedauerlich, daß es wieder zu solchen Ausdrucksüberhebungen hat kommen müssen, aber es wäre ungerade, die Verantwortung dafür allein dem „Vorwärts“ aufzubürden. Stomper hatte in der „Neuen Gesellschaft“ einen Artikel veröffentlicht, der nicht etwa nur eine sachliche Kritik der neuen „Vorwärts“-Redaktion darstellte, sondern dem Nachweis gewidmet war, daß die Redaktion nicht recht wisse, was sie schreiben oder alle Tage was anderes schreiben. Man ist ein solcher Artikel überhaupt etwas mißfälliges, wenn jemand nicht nur flüchtig, und persönliche Geschäftigkeiten vorzutragen will. (Sehr gut!) Denn die Parteigenossen können die Kritik nicht kontrollieren und müssen sich auf ihre Richtigkeit verlassen. Nur hat aber der „Vorw.“ zweifellos nachgewiesen, daß Stomper die Kritik aus dem „Vorwärts“ dem Sinne nach gefälscht hat. (Bewegung.) Aber nicht nur eine böswillige absichtliche Fälschung des Wortlauts ist Stomper nachgewiesen worden, eine Fälschung, die kein Irrtum sein kann. (Burst Stomper: Oh!) Er konnte den Satz in seinem wahren Wortlaut gar nicht für seinen Artikel brauchen; er konnte ihn nur benutzen, wenn er ihn zu falschen Aussagen. Das schärfste Wort war noch nicht scharf genug, um eine solche Unchristlichkeit und Gewissenlosigkeit zu geißeln. Mit großer Freude haben wir beobachtet, wie der Wunsch der großen Masse der Parteigenossen immer mehr zur Geltung kam, daß persönliche Geschäftigkeiten wegbleiben sollten aus der Parteipresse. Stomper's Artikel aber erschien in einem Blatt, das nicht der Kontrolle der Partei unterliegt. Heinrich Braun hat sich nun nicht für die feilschende Aufnahme dieses Artikels entschuldigt, sondern seinen Lesern mitgeteilt, der „Vorwärts“ habe dagegen „nur leere Ausreden und törichte Schimpereien“ gebracht. Auch das ist eine schamlose Täuschung der Parteigenossen. Ich bin allerdings der Meinung, daß der Parteivorstand sich mit dieser Sache befassen muß. Wenn das Beweismaterial wirklich so liegt, wie ich es vorgetragen habe, so stehen wir vor der Tatsache, daß zwei Parteigenossen, Friedrich Stomper und Heinrich Braun, sich bemüht haben, durch Fälschungen wider besseres Wissen persönliche Stärkeren in den Mannheimer Parteitag hineinzutragen und dann gehören sie nicht mehr in die Partei. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Alberti-München verteidigt die Bayern gegen die Drohungen wie sie Grisch gegen sie ausgesprochen hat; solche Drohungen sollte man doch unterlassen, da sie ja doch nicht zu realisieren seien. Oder wenn sie realisiert werden sollten, dann würden wir, wie schon Thiele gesagt hat, eine Benutzungsmaßnahme schaffen. (Sehr gut!) Aber so bin ich mit Thiele einverstanden — und ich befände mich damit im schroffen Gegensatz zu Hoff — mit der Mahnung, die er an die Redaktion des „Vorwärts“ gerichtet hat. (Widerpruch und

Die Heiterethei.

Von Otto Ludwig.

(42 Fortsetzung.)

Immer lockender zieht draußen der Bach, so viel Mühe sich auch der alte Holunderbach gibt, ihn zu überrennen. Immer lockender wird das Bild der heimlichen Stelle darin, wo sie so oft und erst diesen Morgen noch kaum die Luft überwand, sich hineinzuschieben, nicht bloß zum flüchtigen Bad. Diesen ganzen Tag hat sie immer in ihre Gedanken hineinträumen hören, als rief es sie; sie wußte nicht, warum; jetzt weiß sie es. Und der Feig — der sie jetzt vielleicht verhöhnt mit der Gringelwirts-Geb' — wenn er's hört, es muß ihn schmerzen, er muß an sie denken, so oft er Weiden haut; jeder Reif auf seiner Schrittbank muß ihn an die Stelle erinnern, wo die schönsten Weiden stehen und wo... Es packt sie wie ein Schwindel. Sie reißt das Bieste vom Boden auf dem wilden Entschlusse. Sie wendet sich, die Kleine auf dem Arme, nach der Tür. Da meint das Kind, die Pflegemutter will mit ihm spielen. Es schlägt die Hände zusammen und juchzt laut auf. Sie läßt es sinken und sinkt ihm nach in die Kniee und küßt es und weint laut, und küßt es und weint immer wieder, bis sie alles von dem Herzen heruntergeweint hat, was es be-läßt.

Wie schüttelte sich der alte Holunder vor Freude und Schmerz zugleich, als der Heiterethei einfiel: „es ist noch Welt außer Ludenbach, wo's nicht mehr heißt: Hespelt muß sein im Haus vor den bunnen großen Weibern! Warum heißen sie mich die Heiterethei? Warum hat mir der liebe Gott die starken Arme gegeben und das lustige Herz, wenn ich's nicht sollt brauchen für das Bieste und mich selber?“

Wieder nimmt sie das Kind auf den Arm: sie juchzt mit dem Kind um die Wette. „Gud, Bieste, wie wir dumme sind gewest! Der reiche Metzger am Markt, wie oft hat er gefragt: Was will das Annerdore für ihr Häusle? Komme, Bieste, wir gehn gleich hin!“

Als sie mit dem Kinde hinstritt durch die Lüde — denn nun ist ihr's gleich, was die Ludenbacher denken davon — in die heitere Mittagssonne, langt das Bieste nach

einem gelben Schmetterling. Der ist eben auf dem Weg vom Holunderbusch in das Gärchen draußen. Dort sieht er sich auf eine rote Bohnenblüte gleich neben dem großen Stachelbeerbusch. An diesem bleibt das Auge der Heiterethei, das ihm folgte, haften.

„Wenn die Stachelbeeren reif wären! du bist hungrig, du arm's Bieste, und ich auch. Das meißt ich jetzt erst. Ja, die alt Annemarie hat recht gehabt. Wenn's nun den Reichen einmal wieder hungert, hat sie gesagt, hernach ist vom Tod sein Heu verregnet. Dazu kommt dort — aber er ist's doch nicht? Ja, er ist's doch! Der Holbers-Freig ist's; der Holbers-Freig ist's wirklich, der dort von den Weiden herankommt. Wie sieht er anders aus, als sonst! Er hat eine weiße Weste unter seinem Rock und auch ein ordentliches Halsstuch an. Was will er?“

Fast wäre die Heiterethei so töricht gewesen, vergeblich zu erschrecken. Was sollt er bei ihr wollen? Den Schloßweg hinauf will er. Es ist der kürzeste Weg zu seiner Bredt; der hochmütige Stachel da oben, der ist ja vom Gringelwirts-Haus.

Aber sie ist schon erschrocken, so töricht das ist.

Wenn er sähe, daß sie über ihn erschrocken ist — das darf er nicht wissen, wie ihn's um das Herz ist. Niemand darf's wissen. Um alles nicht! Das war erst ein gesunder Fressen für die Leute, für die Gringelwirts-Geb', für die Bäckereifrau, für alle die großen Weiber und — für ihn selber mit! Und wenn sie aller Welt Spott jetzt tragen kann, den keinen könnte sie nicht tragen; nicht einen Blick von ihm, der so ausläßt, keinen Laut von ihm, der so klänge!

Sie setzte das Kind an dem Stachelbeerbusch nieder; zum erstenmal vergaß sie, daß es unreife Beeren abreißen und essen kann. Sie selber sieht sich vergeblich nach einer Zuspätkommen, wo er sie nicht gewahr werden soll. Aber schon kommt er näher. Sie bückt sich, entfernter vom Baune, abgewandt vom Wege, den er kommt, nach einem Gießblech, das mitten in der Peterfille steht. Der Atem ver-gibt ihr fast; sie sieht auf die gelben Blumen herab mit einer Angst, als hinge Tod und Leben für sie an der Zahl ihrer Blätter. Die Angst wächst, wie ihr der Traum ein-fällt. Hier stand sie ja im Traume mit dem Feig. So hell

was's und so warm, und so ein süßlich Rauschen zog durch Büsche und Kräuter.

Der Holbers-Freig ist indes an den Baum gekommen. „Steh,“ sagte er, „was ich dir hab mitgebracht, Bieste!“

Er hält einen Stromwed in die Höhe, so gelb gebadet und glänzend, daß das hungrige Kind die unreifen Beeren fallen läßt, die es eben in den Mund stecken wollte. Es kommt aus Staket und langt danach. Der Holbers-Freig gibt ihm den Stromwed, und es frachtet sich so wenig vor dem „wildem“ Feig, als wär's all seine Tage mit ihm zusammen gewesen.

Der weiß aber auch nicht, was er sagt, der ihn jetzt noch den wilden Feig nennt. Er ist ein ganz anderer als sonst. Da ist nichts mehr von dem übermächtigen, gedankenlosen Bild, von der dunkeln Rote in seinem Gesicht; nichts mehr von dem herausfordernden, schlagfertigen Weisen. Er hat vielmehr etwas ruhiges, sanftes in seinen Zügen, das lange Haar ist bedeutend kürzer geschnitten und liegt nicht mehr so wild verworren ihm um das Gesicht. Der Blick, die Stimme kommen tiefer aus seinem Innern hervor; die Stimme ist nicht so heiser und gewaltig in die Höhe getrieben. Er ist schlanter als sonst; alles an ihm ist milder, bescheidener und dennoch männlicher. Er ist ein ganz anderer; er ist nun der richtige Feig, den der liebe Gott in ihm erschaffen wollte.

Das hungrige Bieste heißt lächtig in den Stromwed ein; der Feig spricht erst mit ihr und überseht sich die Reden, die sie in unbekanntem Sprachen hält, so gut es gehen will; währenddessen ist er herangetreten an den Baum; nun sagt er leise: „Dorle!“

„Das ist doch ganz dieselbe Stimme, wie damals den Morgen im Traum,“ denkt die Heiterethei in ihrer wachsenden Angst. „Und wie er so freundlich mit dem Bieste ist, das alle Leute sonst scheel ansehen! Das ist schön vom dem Feig; das will ich dem Feig nicht vergessen, und wenn er...“

„Dorle,“ sagt er noch einmal.

Aber sie läßt ihn noch zweimal rufen, ehe sie tut, als würde sie ihn eben erst gewahr. Und sie kommt auch nicht an den Baum; kaum daß sie die Augen nach ihm hinzuwenden scheint. (Fortsetzung folgt.)

Zuruf.) So lange jemand Parteigenosse ist, so lange ihm nicht von einer Parteiführung die Parteizugehörigkeit abgesprochen worden ist, dürfen Bezeichnungen wie „dunkler Ehrenmann“ unter keinen Umständen gebildet werden. (Zuruf: Weibels: „München Post“!) Bitte, Genossen, die „München Post“ hat beim „Vorwärts“-Streit niemanden als „dunklen Ehrenmann“ bezeichnet oder einen Genossen persönlich angegriffen. (Widerspruch.) Ich will heute hier kein scharfes Wort gegen den „Vorwärts“ aussprechen, sondern ich will mich nur darauf beschränken, zu erklären, daß der Parteivorstand unter allen Umständen ein energisches Wort dagegen ausspricht, daß einem Parteigenossen in dieser Weise die Ehre abgeschnitten wird. Ebenso muß es gemißbilligt werden, in einem Parteiorgan einem Parteigenossen diesen Ehrenkittel abzuspülen. Die Reichstagswahlen stehen bald wieder vor der Tür. Da haben wir allen Anlaß, dafür zu sorgen, daß diese überflüssigen, parteischädigenden persönlichen Polemiken aufhören. Bei uns in Bayern ist die Mehrzahl der Genossen ganz entschieden der Meinung, daß die Preßdebatten in Zukunft in anderem Tone geführt werden müssen. (Teilweiser Beifall und laute Zurufe, u. a. Stampfer! Stampfer!)

Dr. Quessel-Stettin wünscht, daß von Radikalen und Revisionisten persönliche Angriffe vermieden werden. Man dürfe dabei garnicht befürchten, daß der „Vorwärts“ dann gegen Fälschungen machtlos sei. Wenn der „Vorwärts“ überzeugt ist, daß Fälschungen vorliegen — nun mit Fälschern dialektiert man nicht, sondern überweist den Fall einem Schiedsgerichte. (Sehr richtig!)

Dittmann-Frankfurt a. M.: Auch ich hielt die Veröffentlichung des Protokolls für unbedingt notwendig. Wenn die Gewerkschaftsvorstände sich dagegen sträubten, so laien sie es gegen den Willen der zentralorganisierten Gewerkschaftler. (Zustimmung.) Nachdem der Redner dann Konferenzen von Parteivertrauenspersonen mit dem Parteivorstand empfohlen hat, wendet er sich dem Stampferartikel zu. Er könne Wort für Wort die Ausführungen Hochs unterschreiben. Es gebe Fälle, in denen auch für die Parteipolemik das Wort gelte: Auf einen großen Floß gehört ein großer Keil. Quessels Ansicht, nicht zu antworten, hätte denen, die wenige Tage vor dem Parteitag diesen Artikel zurechtgemacht haben, nur gepaßt. Der „Vorwärts“ tat recht, zu sagen, was gesagt werden muß. Nicht an den „Vorwärts“, an die sollte sich der Vorwurf wenden, die stets versuchen, ihn herunterzuziehen. Auch den Ton der Polemik bestimmt nicht die „Vorwärts“-Redaktion, sondern die andere Seite. (Lebhafte Beifall.)

Dr. Ten-Düffelhof: Wir hätten von der Parteikorrespondenz mehr erwartet, wie eine Sammlung von Zeitungsabschnitten. Die Beschränkungen, die gegen die Vermehrung der Sekretäre geäußert worden sind, kann ich nicht teilen. Wir wollen aber Leute, die mit ihrer ganzen Persönlichkeit für die Partei einsehen, nicht Schreibkräfte.

Der nächste Redner ist der vorhin angegriffene Herausgeber der „Neuen Gesellschaft“.

Dr. Heinrich Braun-Berlin: Der Ton, welcher sich hier heute auf dem Parteitag geltend gemacht hat, ist derselbe, der vom Parteivorstand der Presse gegenüber als unziemlich gerügt worden ist. (Who!)

Singer (lautend): Ich muß schon bitten, es dem Bureau zu überlassen, zu entscheiden, welcher Ton ein passender ist oder nicht. (Lebhafte Beifall.)

Braun (fortfahrend): Ich überlasse es dem Parteitag selbst, sich ein Urteil zu bilden, ob der Ton, den Genosse Hoch vorher gegen den Genossen Stampfer und gegen mich eingeschlagen hat, ein angemessener war. (Lautes Gelächter. Rufe: Sehr gut!) Genosse Hoch hat gesagt, daß der Vorwurf schamloser Fälschung berechtigt gewesen ist, weil Stampfer drei wesentliche Worte, „überall und stets“, weggelassen habe. Nun, es sind eigentlich nur zwei Worte, welche beim Abschreiben weggeblieben sind: „und stets“. Es heißt im „Vorwärts“: „Das Pulver trocken und das Schwert geschliffen.“ Ich bestreite, daß mit den weggelassenen Worten, „stets und überall“, der Sinn geändert worden ist. Stampfer hat ja auch garnicht gegen die Bitate polemisiert, sondern gegen den fortwährenden Widerspruch zwischen ihnen, gegen die Haltlosigkeit der „Vorwärts“-redaktion, die bald kalt bald warm bläht, je nach den Umständen oder Weisungen, gegen den Mangel der Einseitigkeit, der Konfuzenz. Welche Stellung man auch sonst einnehmen möge, jedenfalls ist es für eine Partei, wie die unsere, äußerst verderblich, wenn das Zentralorgan, das der Partei die Direktive geben soll, selbst vollkommen diskussionslos ist. Das war zu beweisen und ist bewiesen worden durch 40 Bitate. Aus diesen Bitate ist nun eines herausgerissen, eines bemängelt worden, um in der Verlegenheit nun den Beweis zu liefern, daß die „Vorwärts“-Redaktion nicht so unklar, so unbestimmt, in allen präzisierbaren Fragen sei, wie es tatsächlich ist. Wir haben uns bemüht, stets sachlich und ohne jede persönliche Gehässigkeit zu kämpfen (lautes Lachen), auch wenn wir stets auf das schärfste und brutalste angegriffen wurden. Für die Äußerungen Hochs habe ich nicht einmal ein Wort der Verachtung. (Unruhe.)

Ströbel erhält als Redakteur des „Vorwärts“ das Wort: Der ganze Artikel ist auf bewusste Fälschung angelegt. Deshalb kann ich auch nicht die gutgläubige Weglassung des Wortes „stets“ glauben. Der Artikel des „Vorwärts“ hat doch die Fälschungen elandfrei festgestellt. (Zustimmung.) Alle Artikel des „Vorwärts“ sind in ihrem Sinne entstellt worden. Die Redaktion des „Vorwärts“ hat stets auf dem Standpunkt gestanden, daß wir auch in Deutschland zu Revolutionen im marxistischen Sinne kommen werden, daß aber für den Massenstreik anläßlich der Wahl Demonstrationen der Zeitpunkt nicht gegeben war. Wäre der Artikel Stampfers sachlich gewesen, der „Vorwärts“ hätte ebenso ruhig geantwortet. Solche Polemik aber muß jedes Parteileben vergiften. Der Artikel ist absichtlich kurz vor dem Parteitag erschienen. Die „Neue Gesellschaft“ hat die „Vorwärts“-Redakteure schwache Köpfe und ähnl. genannt. Wir haben das ignoriert, wir wußten ja, woher es kommt. Ist das aber nicht schlimmer, solche häßliche Anekdote, als wenn man klipp und klar einmal sagt: hier liegt eine Fälschung vor und da hat man das Recht, einen Fälscher einen Fälscher zu nennen. Wir würden gern den guten Ton pflegen, aber die Gegenseite macht das unmöglich. Wenn Heinrich Braun künftig einen anderen Ton anschlagen wird, dann wird der „Vorwärts“

sich auch auf sachliche Erwiderungen beschränken können. (Beifall.)

Lebebour-Berlin: Genosse Braun hat den sachlichen Inhalt der Stampferschen Ausführungen in keiner Weise zu rechtfertigen vermocht. Wer sich an Dresden entsinnen kann, der mußte nach diesem Artikel annehmen, daß Stimmung gegen den „Vorwärts“ kurz vor dem Parteitag gemacht werden sollte, um der neuen „Vorwärts“-Redaktion das Schicksal zu bereiten, das früher von Braun anderen Parteigenossen gegenüber versucht worden ist. Wenn dann in der notgedrungenen Abwehr des „Vorwärts“ ein scharfes Wort fällt, zu klagen, ist unglaublich kleinlich. Und Widersprüche können aus einer gewissen Summe von Zeitungsartikeln durch abgeriffene Bitate jederzeit herausgeholt werden. Die Vorwürfe Stampfers sind durchaus ungerechtfertigt und seine Methode verdient die Kennzeichnung des „Vorwärts“. Er kommt mir vor, wie ein Gendarm der gegen die Genossin Vaader vor Gericht aussteigt, sie hätte in Bernau in einer Versammlung ausgerufen: „Auf Ihr Männer zu den Waffen!“ Und wenn auch die Genossin Vaader zehnmal beteuerte, sie hätte vom gestrigen Kampfe gesprochen, das Gericht nahm an, daß die Auffassungsgabe eines Versammlungsbesuchers durchschnittlich nicht höher stehe als die eines Gendarms (Who!) und verurteilte sie wegen Aufreizung. Nun wird ja, wer sie kennt, der Genossin Vaader alles mögliche Schlechte zutrauen (große Heiterkeit), aber daß sie in Bernau zu Säbel und Flinte aufruft... So wenig wir diesem Gendarm, werden wir nun dem Literaturgendarm Stampfer (große Heiterkeit) folgen, wenn er einen Satz aus dem Zusammenhange reißt. (Anhaltende Heiterkeit.) Genosse Lebebour tritt dann für die Vermehrung der Parteisekretäre nach Wunsch des Parteivorstandes ein.

Geisler-Hof verspricht, daß auch die Bayern ihre volle Schuldbigkeit in bezug auf die Leistungen an die Parteilasse tun würden. Was Ehrhart in die Kasse gefahren sei, daß er an Weibels Machtstellung appellierte, wisse er wirklich nicht. In der Provinz bedauerte man den Ton des „Vorwärts“ sehr, aber er habe nur gegen seine Gegner mit ähnlichen Waffen zurück.

Hirauß wird Stampfer als Nicht-Delegierter auf Vorschlag des Vorsitzenden Singer, das Wort gestattet.

Stampfer-Groß-Dichterfelde: Ich erkenne gern an, daß wenn ich bewußt gefälscht hätte, die Worte des „Vorwärts“ gegen mich berechtigt wären. Wenn aber nun das demnach ja notwendige Schiedsgericht zu dem Urteil kommt, daß nur ein Versehen vorliegt! Dann schreibe ich als „dunkler Ehrenmann und Fälschgenie“ demnach wieder gegen die Gegner. Und hier sehe ich im Saale „tote Hunde“ und „Trauerpiele der kalten Bosheit“ und „Lauter an der Wand“, kurz lauter Leute, die die elendesten, gemeinsten, niederträchtigsten Handlungen begangen haben. Und doch sind wir alle in diesem Saale liebe Freunde und Mitkämpfer und reden einander gegen alle Gegner. Die einzelnen Parteigenossen haben sich behauptet, aber geschädigt ist die Partei. Wie steht denn nun meine Sache. Ich habe von jeher mit einer gewissen Leidenschaftlichkeit, mit einem Fanatismus die Wahlrechtsbewegung propagiert. Ich habe unaufrichtig geschrieben, wir müssen die Bewegung steigern, fortstreben und auch zum letzten Mittel greifen. Da griff ich, um Lebebour's liebenswürdigen Willen zu benutzen, der Parteigendarm am Schopfe und nannte mich einen verworrenen Kopf, behin und her schwankend zwischen Revisionismus und Anarchosozialismus. Da nahm ich mir die Vorwärtsbände vor und entdeckte, daß der „Vorwärts“ in bestem Glauben so geschrieben hatte: Weil er schwankte, glaubte er, ich schwankte. (Heiterkeit.) Ich heiße nicht August Weibel, aber mir kann doch einmal die Laus über die Leber laufen. Ich verstehe das Bedürfnis der Genossen, ihr Zentralorgan zu decken. Aber, daß meine Beweise für die Haltlosigkeit des „Vorwärts“ ganz hinfällig sind, kann doch niemand behaupten. Zum Schluß bitte ich Sie, schreiben Sie „stets“ hinein in meinem Artikel und lesen Sie ihn noch einmal durch, und ich frage Sie: Verändert sich dann der Sinn? Ich glaube: Nein!

Landtagsabgeordneter Kolb-Karlruhe bittet zu berücksichtigen, daß in Süddeutschland viele Kreise in agitatorischer Beziehung sehr stark in Anspruch genommen seien und daß sie deshalb in den Sitzungen stark zurückbleiben müßten. Nun komme ich auf das Thema: „Vorwärts“-Stampfer. Parteigenossen! Die Ueberzeugung, daß die Haltung des „Vorwärts“ in der Massenstreikfrage eine schwankende gewesen ist, ist bei uns in Baden etwas allgemeine. (Widerspruch.) Wenn man die Artikel des „Vorwärts“ im Zusammenhang liest, dann kommt man zu der Ueberzeugung, daß Genosse Stampfer nicht gefälscht hat. Etwas anderes ist es, ob es angebracht war, diese Dinge vor dem Parteitag vorzubringen, nachdem der „Vorwärts“ so schön eingeleitet hatte. Wir hätten die Dinge gehen lassen sollen, nachdem der „Vorwärts“ einen so schönen Anlauf genommen hatte, sachlich zu polemisieren. (Zuruf: Es war Absicht!) Ob es Absicht war, weiß ich nicht, aber gewiß hatte Genosse Stampfer das Recht zu sagen, was er für richtig hält. In der Partei ist es aber leider üblich geworden, einen Artikel nicht nach dem es beurteilen, was darin steht, sondern danach, wer ihn geschrieben hat. (Sehr wahr! Zurufe!) Danach wird geurteilt. Ein Artikel kann noch so sachlich sein, plötzlich fällt man mit persönlichen Angriffen darüber her. Nach der Ansicht von gewisser Seite versteht sich ja außer Rautsch und Rebling niemand etwas von der materialistischen Geschichtsauffassung. Haben wir es doch erlebt, daß man dem Manne, den der Parteitag zur Leitung unserer Schule ausersehen hatte, die elementarsten Kenntnisse abgesprochen. Mit dieser Art der Polemik vermehrt man die Vergiftung in der Partei, statt sie zu beirriten. Der „Vorwärts“-Artikel wird uns noch oft genug in Baden von katholischen Pfarrern mit den Worten vor die Nase gehalten werden: Seht, das ist die Partei der Brüderlichkeit! (Sehr wahr! Lachen.) Arbeitet jemand mit bewußten Fälschungen, dann hinaus mit ihm, aber dann war es auch nicht nötig, einen solchen Ton anzuschlagen. (Beifall und Widerspruch.)

Honrad-Lachen: Die Ausführungen des Vorredners fordern den Widerspruch heraus. Die „Neue Gesellschaft“ und die „Neue Zeit“ werden uns von den Gegnern ständig vor die Nase gehalten. (Zurufe.) Es ist ja fortwährend die Rede von den Parteipapieren z. B. „Vorwärts“ wird uns ja auch manchmal vorgehalten, aber in der letzten Zeit habe ich die Haltung des „Vorwärts“ geradezu bewundert.

(Bevorzue und höhnende Zurufe.) Wir müssen sorgen, da denen der Mund etwas verstopft wird, die immer an der Partei herumdröseln. (Sehr Beifall u. Lachen.)

Weiß-Berlin: Ich kann Robt unter gewissen Umständen zustimmen, daß es in manchen Kreisen nicht darauf ankommt, was jemand schreibt, sondern wer es schreibt. Der „Vorwärts“ kann schreiben, was er will, den Beifall Kolbs und des Volksfreunds“ wird er niemals haben. (Sehr wahr! Widerspruch.) Alberti, der jetzt als Vertreter von Fagolstadt so scharfe Kritik am „Vorwärts“ übe, sei ja früher in Berlin gewesen. Dort habe er sich mit Rauschenden befaßt, namentlich mit der Vorführung von Max und Moritz. Wo, in der Rolle habe er sich verstanden. Stampfers Artikel könnte man als eine Korrespondenz für die M. G. Abacher Schulenschule oder den Reichsverband halten. (Beifall.) Es Vorführer der Reichskommission lese ich den „Vorwärts“ sehr aufmerksam und ich habe keine schwankende Haltung beobachtet. Genosse Braun wird sich durch die Lachsalbe bei seinem Abgang überzeugt haben, wie wenig ihn die Rolle des Hochpriesters der Sittlichkeit leidet. Die „Neue Gesellschaft“ ist nicht diskussionslos: sie hat eine Direktive, sie dient dazu, die Partei zu untergraben. (Ruf: Absichtlich!) Einem beratigen Organ dürfen wir niemals Heimatrecht gewähren. (Sehr Beifall.) Der „Vorwärts“ ist so gehalten, wie es der Mehrheit der Genossen entspricht und daran wird auch nichts geändert werden.

Hoch-Hanau: Die Ausführungen Kolbs über das: Was und Wen waren ganz einseitig. Ich bin weder auf Stampfer noch auf den „Vorwärts“ eingeschwozen. Mich hat nur die Fälschung interessiert. Wenn Stampfer jetzt klagt, er würde auch nach einem Freispruch bemaltelt bleiben, so hat er das sich selbst anzuschreiben; warum ist er nicht den für alle Parteigenossen vorgeschriebenen Instanzenweg gegangen. Glaube er, daß die Parteigenossen über den Organisationsstatut stehen? Daß ich vor Heinrich Brauns seinem moralischem Empfinden keine Gnade gefunden habe, bedauere ich aufs tiefste. (Große Heiterkeit.) Aber selbst das soll mich nicht abhalten, zu sagen, was ich für notwendig halte. (Eneunte Heiterkeit und lebhafter Beifall.) Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird mit knapper Mehrheit angenommen.

Das Schlußwort erhält

Braun-Lachen: Er will Stellung nehmen zu den in der Diskussion angeregten Fragen, Wünschen und Beschwerden. Die Zusage des Berichts der Zentralvertrauensperson und der Faktion in alle Provinzzeitungen ist aus materialistischen Gründen nicht möglich. Die Drohsache über die neuen Steuern wurde durch einen Unfall Vermissen ohne irgend jemandes Schuld in ihrem Erscheinen verzögert. Mit aller Entschiedenheit muß ich mich gegen den Vorwurf Quessels wehren, daß die jetzigen Mitglieder des Parteivorstandes nicht ihre volle Schuldigkeit tun. Es ist unklar, daß jemals vom Parteivorstand Briefe nicht in der kürzesten Zeit beantwortet worden sind. Im Falle Stampfer hat sich Brauns als ungeschicktes Sämmchen hingestellt, das kein Wasserchen trüben könne. Wer aber Brauns und seine Freunde in ihrer Betriebsamkeit kennt, wird nicht glauben, daß diese Artikelserie zu fällig so kurz vor dem Parteitag erschienen ist. Wahrscheinlich ist er eine Kollektiv-Arbeit. (Widerspruch Stampfer: Ich habe ihn allein geschrieben, die Ehre lasse ich mir nicht nehmen!) Jedenfalls ist Heinrich Brauns ein ausgezeichnete Redakteur, der weiß, wer ihm solche Artikel schreiben kann und schreiben will, wie er sie braucht. Die „Vorwärts“-Angelegenheit sollte eben auf dem Parteitag aufgearbeitet werden, das ist es, wogegen die Parteigenossen sich auflehnen. (Lebhafte Zustimmung.) Das Schiedsgericht halte ich für einen sehr glücklichen Ausweg. Zunächst steht ja noch gar nicht fest, daß eine Organisation diesen Genossen den Gefallen tut, ein Schiedsgericht zu beantragen. Das ist aber doch — genau wie im Fall Bernhard — der einzig mögliche Weg, es zusammen zu bekommen. Wenn Stampfer jetzt in einer unangenehmen Lage ist, so mag er das nur ruhig selbst austofen: Sein Artikel war provokatorisch und wollte provozieren. Das ist das verwerfliche seiner Handlungswelt. (Lebhafte Zustimmung.) Mehr als ein paar Sitzungen würden bei dem Schiedsgericht sowieso nicht herauskommen. Auf die Genauigkeit der Zitierung lege ich nicht so übermäßigen Wert. Mit drei Worten kann man doch jeden an den Hals bringen und Stampfer hat die „Vorwärts“-Bitate mit dem ihm angeborenen Geschick zusammengestellt. Stampfer hat sich in einem Zwischenruf auf die „Lipziger Volkszeitung“ berufen. Es ist ja richtig, daß die „Lipziger Volkszeitung“ sich manchmal als mitauffschreibendes Organ der Partei auftritt, aber das Recht nimmt sich doch jedes Parteiblatt. (Zuruf Stampfer: Das Recht der freien Kritik!) Und ich hoffe, daß diese Aussprache auf Grund der freien Kritik an Stampfers Artikel für die Partei Klärung und Vorteil bringen wird. (Beifall.)

Personlich bemerkt Stampfer: Der Artikel sei nicht Kollektivarbeit, sondern ausschließlich seiner eigenen Initiative entsprungen. An die Auffassungen mit seinem Material und der Drohung der Veröffentlichung heranzugehen, halte er für die Manier eines Revolverjournalisten, aber nicht die eines Parteigenossen.

Nach einem kurzen Schlußwort Robts für die Kontrollkommission tritt die Mittagspause ein.

Morgen früh soll mit der Debatte über den Massenstreik begonnen werden.

Soziales und Partielleben.

Straffkonto der Presse. In Solingen wurde der Genosse Hans Diefel von der „Bergischen Arbeiterstimme“ zu 3 M. Geldstrafe verurteilt wegen Nachbruchs des am 8. Juni in der „Rhein. Westf. Zig.“ dem Organ der westfälischen Kohlenbarone, erschienenen Artikels „Der gestörte Dreilund“ während der Zeit, da dieser Artikel beschlagnahmt war. Der Artikel, der nach Ansicht der Essener Staatsanwaltschaft eine Majestätsbeleidigung enthielt, ist später wieder freigegeben und außer Verfolgung gesetzt worden. Der Angeklagte konnte darauf hinweisen, daß auch noch andere Zeitungen den Artikel, nachdem schon 2 Tage nach der Beschlagnahme verfloßen gewesen seien, zum Abdruck brachten, ohne daß gegen die Blätter Anklage erhoben worden sei. Der Amtsanwalt beantragte, „da die Anklage nun einmal da sei“ die Bestrafung, die denn auch erfolgte.